

Einladung von Bürgermeisterin Elke Kahr zur außerordentlichen öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 28. November 2022 um 16.00 Uhr im Gemeinderatssaal.

3 Tagesordnungspunkt

1. Budgetäre Lage der Stadt, Mittelfristplanung,
planerische Annahmen
und Perspektiven der Konsolidierung des Haushaltes

5 Tagesordnung

5.1 Antrag auf Einberufung einer Sondergemeinderatssitzung

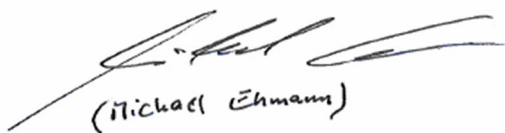
An

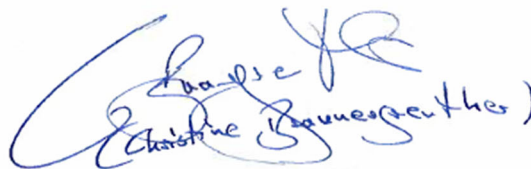
Frau Bürgermeisterin Elke Kahr
Rathaus, 2. Stock
8011 Graz

Einberufung einer Sondergemeinderatssitzung

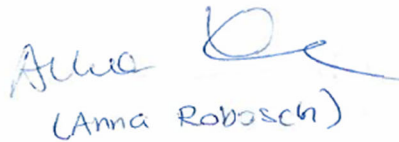
Die Unterfertigten ersuchen Bürgermeisterin Elke Kahr gemäß § 6(2) der Geschäftsordnung für den Gemeinderat eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderats der Landeshauptstadt Graz einzuberufen, die die budgetäre Lage der Stadt, die Mittelfristplanung sowie planerische Annahmen und die Perspektiven der Konsolidierung des Haushalts zum Gegenstand hat.

Graz, am 22. November 2022


(Michael Ehmam)

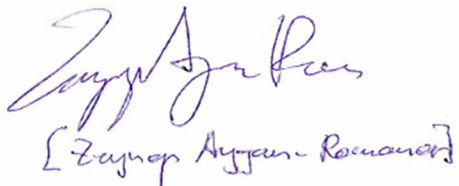

(Christine Baumgartner)

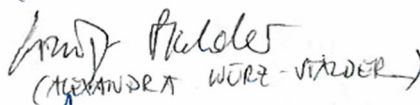

(MANUELA WUTTE)

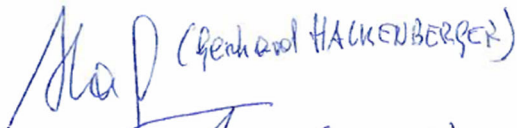

(Anna Robosch)

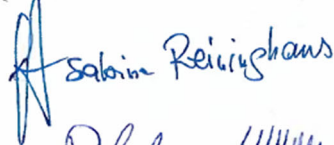

(Lorenz Jakob Hannel)


(Christian Kozina-Voit)


(Zuzana Aygün-Reinhardt)


(ALEXANDRA WÜRZ-VITZNER)

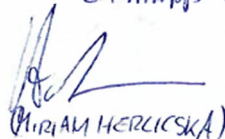

(Gerhard HACKENBERGER)


(Sabine Reisinghaus)


(ALIC)


(Philipp Ulrich)


(Anna-Elisabeth Stema)
Denise Ketprastin


(MIRIAM HERLICSKA)


(SIMON GOSTENITSCHEW)


%

Max Zirkel
(MAX ZIRKEL ST)
Grt. Töberhofer


(SIKORA CHRISTIAN)

Mag. a. Joh. Aloisenzade

Ecke Leinw. v. d. B.

Philipp Poinhofer

Daniel Schimke


(ROLAND LOHR)

D. Gmeinfauer

Anne Hoyer

Simon Kellid

Walter

Georg



Reinhold

Eberhard

Wagner


Heinrich Paulke
Dani Melin



Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Somit kommen wir zur Berichterstattung, und ich darf den Herrn Stadtrat Manfred Eber um das Wort bitten.

StR Eber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte zunächst sagen, dass es mich freut, dass diese außerordentliche Sitzung des Gemeinderates heute hier stattfinden kann, weil es ja natürlich auch die Möglichkeit eröffnet, zu informieren, zu diskutieren und dann natürlich auch gemeinsame Schritte für unsere Finanz- und Budgetpolitik festzulegen. An dieser Stelle möchte ich auch gleich vorweg sagen in Richtung Stadtrat Günter Riegler, von dem ich selbstverständlich sehr wohl zur Kenntnis genommen habe deine gestrigen Aussagen auf verschiedenen Social-Media-Kanälen, wo du sagst, es ist jetzt wichtig, dass Gemeinsame über das Trennende zu stellen, und dass wir nur gemeinsam aus dieser schwierigen Situation herauskommen können, sinngemäß war das so. Danke für dieses Bekenntnis zu einer gemeinsamen Vorgehensweise. Vor ziemlich genau einem Jahr fand ja die Angelobung der neuen Stadtregierung statt, die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ ist dabei angetreten, die Vielfalt, die es in unserer Stadt gibt, zu vereinen, indem wir vor allem auch Solidarität und Zusammenhalt leben. Bereits im ersten Jahr dieser Koalition konnte so manches erreicht werden, einiges ist in Umsetzung und einiges auch zum Teil, im wahrsten Sinne des Wortes, auf Schiene. Vom Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Stichwort Innenstadtentlastung, über Waldankäufe bis hin zu Verbesserungen bei der SozialCard, beim Kautionsfonds und in der Pflege, Einsparungen bei Repräsentationsausgaben, bei den Klubförderungen und auch bei den künftigen Gehältern von Geschäftsführern und Geschäftsführerinnen in unseren Beteiligungen. Es gäbe wirklich eine sehr lange Liste an Maßnahmen, die bereits im Interesse der Grazerinnen und Grazer umgesetzt wurden, zu berichten. Ebenfalls vereinbart haben wir einen ausgeglichenen Haushalt und einen seriösen Schuldenpfad

im Koalitionsabkommen. Spätestens mit dem Rechnungsabschluss für das Jahr 2021 erkannten wir hier auch den Handlungsbedarf, deshalb haben wir in den Budgetbeschlüssen vom Juni 2022 auch folgende Passage dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt: „Seitens der Finanzdirektion wird dringend die notwendige Umsetzung entsprechender Konsolidierungsmaßnahmen empfohlen. Seitens des Gemeinderates wird somit der zuständige Finanzreferent beauftragt, dem Gemeinderat bis Ende des ersten Quartals entsprechende Vorschläge zur Budgetverbesserung zur Beschlussfassung vorzulegen.“ Das war also bereits im Juni 2022 Inhalt der Beschlussfassung. Die Notwendigkeit von Konsolidierungsmaßnahmen, um den Haushalt auch in den Jahren ab 2024 stabil zu halten, war also bereits bekannt und beschlossen. Ab diesem Zeitpunkt war uns, der Koalition, auch klar, dass wir auch bei den Investitionen bremsen müssen, ohne dabei die Ziele, für die wir angetreten sind, aus den Augen zu verlieren. Zeitgleich mussten wir ein verstärktes Augenmerk auf die Sicherstellung der notwendigen Liquidität legen. Der Schuldenstand lag am 31.12.2021 bei 1,595 Mrd. Euro. Mit unseren Planzahlen kommen wir mit Jahresende 2022 auf 1,73 Mrd. Euro. Das ist niedriger, als die Vorgängerregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung eingerechnet hatte. Ich freue mich, heute mitteilen zu können, dass es im Jahr 2022 zu einer tatsächlichen Verringerung des Schuldenstandes kommen wird. Ich rechne mit einem Rückgang der Verschuldung um bis zu 30 Mio. Euro, also auf rund 1,56 Mrd. Euro. Was ist nun eigentlich in den letzten drei Wochen geschehen, was hat sich hier verändert? In diesen drei Wochen waren wir ja praktisch jeden Tag konfrontiert mit Medienberichterstattungen über die finanzielle Lage der Stadt Graz, und, ich zitiere den Chefredakteur des Grazers, Tobit Schweighofer, in seinem gestrigen Kommentar: „Vertrauliche interne Dokumente werden mit fast schon skandalöser Regelmäßigkeit hinterrücks an die Öffentlichkeit gebracht.“ Doch der Reihe nach. Heute vor genau drei Wochen gelangte ein vertrauliches Schreiben des Stadtrechnungshofdirektors an die Mitglieder der Stadtregierung an die Öffentlichkeit. Keine zwei Stunden dauerte es übrigens von der Übermittlung des Schreibens bis zur Veröffentlichung in der Kleinen Zeitung. Es ist die Aufgabe und die Pflicht des Stadtrechnungshofs, bei einer angenommenen Schieflage

des städtischen Haushaltes eine Warnung auszusprechen. Die Behauptung allerdings, der Regierungskommissär stünde praktisch schon vor der Tür und würde die Agenden der Bürgermeisterin übernehmen, was automatisch zu einer Auflösung des Gemeinderats und Neuwahlen führen würde, war und ist für mich aber nicht nachvollziehbar. Dies wurde im Übrigen auch von Seiten des Landes bestätigt, sowohl von politischer als auch von Beamten-Ebene. Am 9. November wurde dem Stadtrechnungshof ein Schreiben übermittelt, das eine Hochrechnung für die Mittelfristplanung zum Inhalt hatte. Auf Basis der Preissteigerungen insbesondere im Energie- und Baubereich, aufgrund der zu erwartenden höher ausfallenden Pensions- und Gehaltsanpassungen, aber ohne jedwede Gegenmaßnahme wurde der im Worst Case zu erwartende Konsolidierungsbedarf ermittelt. Aufgrund des berechtigten Interesses der Oppositionsparteien wurden diese Berechnungsgrundlagen an diese übermittelt. Auch hier wurde die Vertraulichkeit zum wiederholten Male gebrochen. In dieser herausfordernden Phase mussten wir unter großem Zeitdruck auch noch die Leitung der Finanzdirektion neu vergeben, um hier kein Vakuum entstehen zu lassen. An dieser Stelle danke ich Mag. Stefan Tschikof für seine Tätigkeit. Und ich danke Mag. Johannes Müller für seine Bereitschaft, die Finanzdirektion interimistisch zu leiten und mit uns allen gemeinsam die nächsten Schritte auf unserem Konsolidierungspfad zu gehen (*Appl.*).

Nunmehr liegen diese Zahlen offen auf dem Tisch und wir können gemeinsame Lösungsansätze und Strategien für eine nachhaltige Finanzierung der Stadt Graz, des Hauses Graz und ihrer Aufgaben bearbeiten. In welchem wirtschaftlichen Umfeld bewegen wir uns zurzeit? Seit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 haben wir es mit erheblichen Eintrübungen, aber auch mit kräftigen Aufholeffekten zu tun. Bereits im Jahr 2019 war das Wirtschaftswachstum in Österreich deutlich zurückgegangen und lag bei 0 %. Im ersten Quartal 2020, Mitte März gab es ja den ersten Lockdown, verringerte sich das Wachstum um über 2 %, im 2. Quartal brach es um über 11 % ein. Das dritte Quartal brachte Aufholeffekte, die sich mit rund 11 % Wachstum zu Buche schlugen. Im ersten Halbjahr 2022 befand sich die österreichische Volkswirtschaft laut WIFO in einer Hochkonjunkturphase, die nun abrupt zu Ende geht. Noch im Oktober

lag zwar die Arbeitslosenrate unter jener des Vorjahres und gleichzeitig wuchs die Zahl der unselbständig Beschäftigten um rund 63.000 an in ganz Österreich. Gleichzeitig erreichte die Inflationsrate im Oktober 2022 mit 11 % den höchsten Wert seit 70 Jahren. In den nächsten Quartalen haben wir es mit einer Stagflation zu tun: Eine stagnierende Wirtschaft bei gleichzeitig hoher Inflation. Das WIFO rechnet mit einem Preisanstieg von durchschnittlich 6,5 %. Damit liegen wir im Übrigen in etwa im Bereich der gesamten EURO-Zone.

Ich komme nun zu den geänderten Planungsannahmen: Welche Parameter haben sich seit der Budgeterstellung verändert? Eine wichtige Grundlage dabei sind die Schätzungen der Inflationsrate. Im letzten Monat, den wir für die Budgeterstellung heranziehen konnten, das war der April 2022, lag die Inflationsrate bei 7,2 %. Das WIFO ging, wie viele anderen Analysten auch, davon aus, dass sich die Inflationsrate im Herbst/Spätherbst 2022 bereits wieder auf rund 4 % einpendeln wird, mit einem positiven Ausblick auf das nächste Jahr 2023. Gekommen ist es allerdings anders. Wie gesagt, im September und Oktober hatten wir es bereits mit Inflationsraten im zweistelligen Bereich zu tun. Dies hat natürlich merkliche Auswirkungen auf Gehalts- und Pensionserhöhungen. Grundlage bei den Kollektivvertragsverhandlungen ist die rollierende Inflation, also der Monatsdurchschnitt der Inflation gerechnet über ein Jahr. Sie beträgt aktuell ca. 7,5 %. Hat man im Frühjahr als Basis die WIFO-Quartalsprognose von März genommen, lägen wir heute bei 5 bis 5,5 %. Warum also haben wir 3,5 % für Gehaltserhöhungen eingestellt? Zunächst einmal, und das ist öffentlich, hatte diese explodierende Teuerung niemand, und schon gar nicht in diesem Ausmaß, erwartet. Zweitens hat sich in der Vergangenheit auch gezeigt, dass die Gehaltsabschlüsse teils unter, teils über der rollierenden Inflationsrate gelegen haben. Und drittens haben wir selbstverständlich Dienstposten, die nicht besetzt sind, und davon gibt eben gar nicht so wenige, diese werden zwar miteingerechnet, real senken sie aber die nominellen Gehaltssteigerungen. Im Bereich der Beteiligungen haben insbesondere die Energie- und Baukostenentwicklungen Auswirkungen auf unsere Planungen. Allein im Bereich des Konzerns Holding Graz müssen wir von Mehraufwänden in Höhe von rund 165 Mio. Euro, kumuliert für die nächsten fünf

Jahre im laufenden Budget, ausgehen. Dazu kommen Erhöhungen bei den Investitionskosten im Ausmaß von über 80 Mio. Euro, wiederum kumuliert für die nächsten fünf Jahre gegenüber den Planungsannahmen vom Zeitpunkt der Budgeterstellung. Auch diese Mehrkosten werden selbstverständlich erst dann schlagend, wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen werden. Die Holding ist – in guter Abstimmung mit der Finanzdirektion und den politisch Verantwortlichen – selbstverständlich bemüht, diese Kostenüberschreitungen einzudämmen. Zu einer Verschlechterung in der Hochrechnung der Mittelfristplanung kommt es auch aufgrund der Tatsache, dass für 2024 nunmehr 100 Mio. Euro für Zahlungen an die Holding Graz, insbesondere zur Abdeckung des Abgangs im Verkehr, eingestellt wurden. Zum Vergleich dazu, bei der Budgeterstellung ging man von einem Finanzmittelbedarf von 58 Mio. Euro pro Jahr ab 2024 aus. Zum Schluss komme ich noch zu einigen Einnahmenpositionen:

Die Ertragsanteile, also jene Anteile, die wir vom Bund zugesprochen erhalten, entwickelten sich 2022 äußerst positiv. Auch für 2023 wird nunmehr mit einem Plus von rund 1 % gerechnet. Dies bedeutet beträchtliche Mehreinnahmen gegenüber den ursprünglichen Annahmen, da ist man erstens noch von einem Minus von 1 % für 2023 ausgegangen und zweitens hat sich selbstverständlich durch die erhöhten Einnahmen im heurigen Jahr auch die Basis für 2023 deutlich erhöht. Allerdings für die Jahre 2024 bis 2026 ergibt die Vorschau allerdings einen Rückgang der Zuwachsprognosen, und ein ähnliches Bild zeigt sich im Übrigen auch bei der Kommunalsteuer, die auch einen großen Anteil an unserem Gesamtbudget einnimmt. Und schließlich noch die Müll- und Kanalgebühren. Die Erhöhung dieser Positionen wurde bekanntlich für das Jahr 2022 ausgesetzt. Im Budget ging man noch von einer Erhöhung im Jahr 2023 von 5,6 % aus, in der aktualisierten Planung von 9,5 % und tatsächlich sind diese Gebühren auf Basis der aktuellen Entwicklung um nahezu 10,5 % zu erhöhen. Das ist eine dramatische Entwicklung. Aber wichtig dabei ist, ein Aufholeffekt für 2022 ist in dieser Planung nicht enthalten, sonst müsste man die Müll- und Kanalgebühren um rund 14 % erhöhen. Welche Konsequenzen, welche Maßnahmen sind nun erforderlich und was werden die nächsten Schritte sein? Mag. Johannes Müller wird in seinem Beitrag

näher darauf eingehen. Vorweg nur so viel, Graz ist nicht die einzige Stadt, die vor derartigen Herausforderungen steht. Die österreichischen Kommunen haben mit Mehrkosten von rund 1,2 Mrd. Euro zu kämpfen, davon alleine 500 Mio. Euro im Bereich der gestiegenen Energiekosten. Folglich weist die Landesgruppe Steiermark des Österreichischen Städtebundes in einer einstimmig beschlossenen Resolution vom 8. November 2022 unter Vorsitz des Leobener Bürgermeisters Kurt Wallner darauf hin, dass die Rücklagen der Kommunen durch die Corona-Krise bereits stark reduziert wurden. Die kommunale Daseinsvorsorge kann hingegen nicht reduziert werden und muss zu jeder Zeit sichergestellt sein. In dieser Resolution wird auch die Forderung erhoben nach einem nicht rückzahlbaren Sonderzweckzuschuss in der Höhe von 500 Mio. Euro für das Jahr 2023. Damit können, wie gesagt, gerade einmal die gestiegenen Energiekosten für ein Jahr abgefangen werden. Darüber hinaus braucht es aber noch weitere Unterstützungsmaßnahmen, insbesondere seitens der Bundesregierung. Abgesehen davon werden wir selbstverständlich konkrete Konsolidierungsmaßnahmen in unsere Mittelfristplanung einrechnen und dem Gemeinderat im März zur Beschlussfassung im Rahmen eines Nachtragsvoranschlags vorlegen. Ich bin pünktlich in der Zeit, mache hier einen Punkt und darf das Wort dann gleich weitergeben. Dankeschön (*Appl.*).

Finanzdirektor Mag. Johannes **Müller**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates. Wie der Herr Finanzstadtrat gerade angekündigt hat, wurde die Finanzdirektion beauftragt, bis März 2023 einen Nachtragsvoranschlag, unter Berücksichtigung von kurzfristigen Konsolidierungsmaßnahmen, und eine mittelfristige Finanzplanung bis ins Jahr 2027 mit mittelfristigen Konsolidierungsmaßnahmen zu erarbeiten. Dies ist eine planerische Tätigkeit der Finanzdirektion, und wir werden diese im Sinne eines Beamtenvorschlags in enger Abstimmung mit allen Abteilungsleitungen sowie den Geschäftsführungen und dem Vorstand unserer Beteiligungen besprechen, erarbeiten und vorbereiten. Für

diese Planungstätigkeit, die jetzt in den nächsten Monaten unter hohem Druck von meinen Kolleginnen und Kollegen durchgeführt werden muss, gibt es einige Rahmenbedingungen, auf die ich auch in diesem Rahmen kurz hinweisen möchte, weil sie von Wichtigkeit sind. Zuerst einmal das Naheliegendste, das heißt, wir werden in der Finanzdirektion gleichzeitig ein komplettes Budget machen, einen Mittelfristplanung erstellen, einen Rechnungsabschluss für den Kernhaushalt der Stadt machen und einen konsolidierten Rechnungsabschluss für unseren Konzern Haus Graz vorbereiten. Dies ist selbstverständlich ein sehr, sehr großer Mehraufwand und ich bin sehr, sehr dankbar, dass bis jetzt alle Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich darüber gesprochen habe in der Finanzdirektion, auch in der Stadtverwaltung, ihre Unterstützung und ihren vollen Einsatz zugesagt haben. Die zweite Rahmenbedingung neben den Parametern, die der Finanzstadtrat schon erwähnt hat, betrifft eine sehr technische Frage, ich möchte nur darauf hinweisen, weil es in der Debatte, glaube ich, wichtig ist, und um es klarer zu sagen, meine Ausführungen behandeln im Folgenden den Kernhaushalt der Stadt, nicht das Gesamtbild des Hauses Graz. Und das mache ich deswegen, weil unsere konkrete Situation erfordert, dass wir vom Kernhaushalt herausdenken. Der Kernhaushalt der Stadt ist jener Teil, der spezifischen Haushaltsregeln unterliegt, die wir auch einhalten müssen in unserem Konzern Haus Graz; folgende betriebswirtschaftlichen Grundsätze im Kernhaushalt, müssen wir aber Darstellungsfragen, wie z.B. Fragen der investiven Gebarung, Regeln der Darlehensaufnahme etc. streng einhalten, und deswegen möchte ich jetzt diesen Planungsprozess von diesem strengeren Kernhaushalt beginnen. Ein zweites Argument ist natürlich, dass der Kernhaushalt auch sämtliche Leistungen im Haus Graz steuert aufgrund der Steuerungsrichtlinie. Auch unter dieser Perspektive werde ich aus dem Kern heraus des Kernhaushaltes beginnen und dann erst die Schnittstellen und Fragen mit unseren Beteiligungen, wie schon erwähnt, insbesondere mit der Holding, erarbeiten. Es gibt noch einen dritten Grund. In den letzten Jahren ist ein Großteil der Finanzierung des Hauses Graz über die Stadt gelaufen, über den städtischen Kernhaushalt, auch dies ist ein Grund, hier zu beginnen. Zu den Parametern, ich möchte über zwei weitere begrenzende Parameter sprechen: Nämlich einerseits über

die Frage der Tilgungsstrukturen, die einfach gegeben sind und die wir in unserer Planung berücksichtigen müssen, und andererseits würde ich noch gerne ein Thema, nämlich das Thema Rücklageerhalt der Stadt, kurz ansprechen, ohne Sie jetzt mit technischen Details zu langweilen, aber das sind zwei Parameter, die in der Betrachtung des städtischen Budgets sehr, sehr wichtig sind und auch wichtig sein werden. Die Tilgungsstruktur der Stadt ist in dem Planungszeitraum bis 2027 geprägt von durchschnittlichen jährlichen Tilgungen, ich habe es mir hier aufgeschrieben, 27,4 Mio. Euro, und schwanken geringfügig von Jahr zu Jahr. Und wie Sie wissen, ist es notwendig, dass wir aus unserem operativen Saldo, das war früher so der laufende Saldo, also den laufenden Einzahlungen abzüglich der laufenden Auszahlungen, dass dieser Saldo, der hier herauskommt, groß genug ist auch in der Planung, diese planmäßigen Tilgungen, die hier ungefähr 27,4 Mio. Euro pro Jahr ausmachen, decken. Das ist auch gleichzeitig mein erster Planungsparameter, hier müssen wir hinarbeiten. Sie wissen, dass die Beschlüsse des Voranschlags und die planerischen Hochrechnungen hier durchaus Defizite zeigen. Allerdings wäre es zwar einfach zu sagen, dass wir bis ins Jahr 2027 hier immer diese 27,4 Mio. Euro haben, ich muss Sie auch darauf hinweisen, dass wir im eben auf diesen Planungshorizont folgenden Jahr 2028 in der Stadt eine endfällige Finanzierung zurückzuzahlen haben. Diese endfällige Finanzierung hat eine Nominale von 70 Mio. Euro und dazu kommen noch die normalen laufenden Tilgungsdarlehen. Das heißt, im Jahr 2028 haben wir mit einer Tilgungsspitze von, aus heutiger Sicht, 97,8 Mio. Euro zu rechnen, die natürlich finanziert werden muss. Und ich darf damit schon ankündigen, dass wir es uns nicht leicht machen in der Finanzdirektion und einfach eine Planung vorlegen, die halt gerade den Erfordernissen erfolgt, sondern wir werden auch hier in die Zukunft vorausdenken und uns überlegen, wie wir mit dieser Tilgungsspitze umgehen. In den Folgejahren nach 2028, wie geht es da weiter? 2029 tilgen wir rund 58 Mio. Euro, danach sinkt wieder die planmäßige Tilgung, und dann, in ferner Zukunft, nämlich im Jahr 2034, haben wir erneut eine große endfällige Tilgung decken zu müssen. Warum sage ich das? Sie werden am Ende meiner fachlichen Erläuterungen merken, dass das, was wir jetzt hier vorhaben, eine kurzfristige Seite hat, aber letztlich eine langfristige

Planung zeigen wird. Und wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir für diese endfälligen Finanzierungen auch keine Vorsorgen getroffen haben und somit jetzt nicht auf irgendeine Tilgungsreserve zurückgreifen können. In unseren Planungen müssen wir also für diese endfälligen Tilgungen Vorsorgen treffen, seien sie organisatorisch, seien sie durch das sozusagen bedienende Geld. Allerdings können wir natürlich die Tilgungsreserven nur dann aufbauen, wenn wir positive laufende Ergebnisse haben. Und deswegen war es mir wichtig, auch einmal kurz auf dieses Thema einzugehen, das heißt, wir haben hier einen recht hohen Anspruch an uns, um das am Ende ausfinanzieren zu können.

Ich darf noch zu einem zweiten Thema gehen, das, ich glaube, man kann jetzt diskutieren, ob das wirklich so wichtig ist, aber aus Sicht der Finanzdirektion ist es wichtig, dass ich noch auf etwas zurückkomme. In unserem letzten Rechnungsabschluss weisen wir auch Rücklagen auf; also Rücklagen dienen dazu, für bestimmte Dinge, die man in der Zukunft zahlen muss, Vorsorge zu treffen. Es gibt KFA-Rücklagen aller Art, aber es gibt eben die Erneuerungsrücklage Kanal, Müll, kommen also aus den Gebührenhaushalten, Investitionsrücklagen und Ähnliches. Diese Rücklagen sind nicht zu 100 % mit Zahlungsmitteläquivalenten bedeckt, das sage ich deswegen, damit man in Diskursen nicht den Kurzschluss macht und sagt, naja gut, dann verwenden wir einfach diese Rücklagen kurzfristig, um unsere Liquidität zu sichern. Die Rücklagen belaufen sich nominell mi 31.12.2021 auf, das ist jetzt eine große Zahl, 226 Mio. Euro, hiervon mit Zahlungsmitteln bedeckt sind es rund 160 Mio. Euro. Also 160 Mio. Euro weisen wir in unserem Kernhaushalt als Aktivposten für Zahlungsmittelreserven auf. Ich möchte hier allerdings in der Diskussion zu bedenken geben, und jetzt fängt das Haus Graz an, jetzt müssen wir beginnen, systematisch zu denken, dass diese Zahlungsmittelreserven natürlich nicht auf einem Sparbuch liegen, welches bis vor Kurzem bei dem Zinsniveau eine sehr unkluge Entscheidung gewesen wäre, sondern wird durch unsere GUF, also die Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH, bereitgestellt, die das als kurzfristige Verbindlichkeit hat. Und jetzt wird es natürlich spannend. Wenn wir hier diese Rücklagen sehr kurzfristig rausziehen, um unseren Kernhaushalt zu finanzieren, dürfen wir natürlich im Hinterkopf nicht

vergessen, was wir auslösen, weil ja dann die GUF wiederum einen Liquiditätsbedarf hat, wobei die GUF aber auch eingebettet ist in die wirtschaftliche Entwicklung.

Warum weise ich da jetzt so kompliziert darauf hin? Ich denke, dass es sehr wichtig ist zu verstehen, dass unsere Zahlungsmittelreserven selbstverständlich durch die GUF gewährleistet werden, aber dass wir im Vorgehen jetzt dieser Planung es uns nicht leichtmachen dürfen und einfach hier jetzt ein inneres Darlehen aus diesen Rücklagen ziehen und Liquidität im Kreis schicken, das würde wahrscheinlich nur Probleme produzieren, aber keine Probleme lösen. Diese zwei Ausführungen, also die Tilgungsstruktur und die Frage der Rücklagen, die zugegebenermaßen sehr technisch sind, sollen illustrieren oder vielleicht auch begründen, warum ich Sie jetzt enttäuschen muss und Ihnen keine überarbeitete Planung bis 2027 präsentieren werde. Wir sind nämlich in der Finanzdirektion der festen Überzeugung, dass es Sinn macht, diesen Planungsprozess vertieft aufzusetzen und im Detail aufzusetzen. Es geht also nicht darum, eine einzelne Zeile oder mehrere Zeilen anzupassen und einfach andere Planungen einzupreisen, sondern es ist tatsächlich notwendig, strukturiert mit der Verwaltung zusammen das im sehr dichten Zeitplan durchzuarbeiten. Und genau das haben wir vor. Bevor ich auf das Vorgehen gehe, also was zu erwarten ist bis zum ersten Quartal 2023, darf ich noch etwas erwähnen, was, glaube ich, auch für die Öffentlichkeit nicht unwichtig ist. Der Termin erstes Quartal 2023

Nachtragsvoranschlag ist, aus meiner Sicht, fachlich absolut notwendig, und dies wird auch von anderer Stelle so gesehen. Die Gemeindeaufsicht des Landes hat ein Schreiben an die Stadt gerichtet, in der sie auf einige Punkte hinweist, die wir ja selbst kennen, aber jetzt kommt es eben von außen noch einmal. Ich möchte jetzt nicht diese 13 Punkte vorlesen, ich glaube, das ist auch nicht notwendig, aber letztlich weist uns die Gemeindeaufsicht sehr wohl darauf hin, dass wir hier vor allem in der mittelfristigen Planung Konsolidierungsmaßnahmen, die nachvollziehbar und begründbar sind, einpreisen müssen. Und die Gemeindeaufsicht fordert die Stadtgemeinde auf, über diese Maßnahmen und deren Auswirkungen sozusagen bis zum 30. April auch Bericht zu erstatten. Das passt perfekt mit unseren internen Planungen zusammen und dem vorliegenden Sanierungskonzept und gibt mir als

Finanzdirektor, als hätte ich nicht den Druck schon von außen, etwas mehr Druck, diese planerische Arbeit vorzunehmen. Wie geht es weiter? Die Finanzdirektion erarbeitet bereits Maßnahmen für dieses Ergebnis, nämlich eine Planung inklusive Konsolidierungsmaßnahme darzustellen. Ich bin eigentlich seit dem ersten Tag, und das ist jetzt noch nicht so lange her, damit beschäftigt, kurzfristige Liquiditätsfragen zu klären, und wir sind ja auch auf einem guten Weg, weil grundsätzlich muss man das schon auch sagen, Geld, also liquide Mittel, sind im Haus Graz vorhanden. Wir müssen aber bestimmte gegenrechnende Salden, technische Details der Verfügbarkeit der Mittel usw. noch klären und sind hier insbesondere noch mit der Holding und der GUF in gutem Austausch, und wir werden hier auch sehr, sehr zeitnah in Form eines Gemeinderatsstückes hier Lösungen zeigen. Das ist das Dringlichste, das heißt, einfach klären, wo diese kurzfristige Liquidität zur Verfügung ist. Das ist, wie gesagt, schon, ich würde einmal sagen zu 60 bis 70 %, erledigt und wir werden den Rest auch noch gemeinsam hinbekommen. Die eigentliche Arbeit ist eine andere, und die fängt mit heute an. Mit heute wird in zwei Phasen, geleitet von der Finanzdirektion, ein Prozess begonnen, bei dem wir mit allen Abteilungen und mit allen Beteiligungen sehr, sehr strukturiert durch die Bücher gehen und hier nach einem bestimmten System oder einem bestimmten Raster Konsolidierungsvorschläge und -ideen einsammeln, bewerten, ihre Machbarkeit überprüfen und somit einen Katalog schaffen, wo wir sehen, wo wir beweglich sind. Es geht in diesem Prozess natürlich nicht um die Vorwegnahme politischer Entscheidungen, sondern es geht darum, dass die Finanzdirektion Ihnen allen zeigen kann, in welchen Bereichen unseres sehr komplexen Haushaltes denn hier eingegriffen werden kann und wo wir technische Potenziale sehen. In jenen Bereichen, wo es, und das darf ich jetzt auch sagen, in jenen Bereichen, wo wir mit Gesprächen nicht allzu weit kommen, wird die Finanzdirektion sich natürlich auch erlauben, Experteneinschätzungen über mögliche Konsolidierungsmaßnahmen als Vorschlag einzuholen. Wenn wir den Saldo 1 in dieser Weise durchgehen, wird sich ein technisches Konsolidierungspotenzial für den laufenden Saldo, für den operativen Saldo, entschuldigen Sie, ich verwende manchmal die alten Begriffe, das steht dann gleich in der Zeitung, für den operativen Saldo

gesammelt und wir werden selbstverständlich nicht so naiv sein, all diese errechneten Konsolidierungspotenziale dann in die Planung reinzunehmen und uns freuen, dass wir so gut dastehen, sondern wir werden hier natürlich nur einen bestimmten Teil hineinnehmen, weil es natürlich nicht wahrscheinlich ist, dass alles gewählt werden kann. Wir wollen eine realistische Planung machen.

Der zweite große Brocken ist natürlich die Frage der investiven Vorhaben, also der großen Beschaffungen oder Bauvorhaben. Wir sind eine Stadt, die sich entwickelt, wir sind eine Stadt, die sich entwickeln muss, und letztlich ist natürlich die Finanzierung von Vorhaben im gesamten Haus Graz abhängig davon, wie stark und wie belastbar unser städtischer Kernhaushalt ist. Und hier gilt es jetzt, noch einmal hinzuschauen, die Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen auch zu strukturieren, weil es macht schon Sinn, nicht alle Vorhaben über einen Kamm zu scheren. Wir haben Vorhaben, die der Kapitalerhaltung der Stadt, der Funktionserhaltung der Stadt dienen, und diese müssen verständlich aus dem Kernhaushalt gut finanzierbar sein. Am anderen Ende des Spektrums haben wir natürlich Ausgaben und Investitionen, wie beispielsweise jene der Dekarbonisierung, wo wir natürlich auch mit viel Zeitdruck hinarbeiten müssen. Allerdings muss man dann auch, aus Sicht der Finanzdirektion, sehr, sehr offen auch mit dem Bund, Ländern und den anderen Städten sprechen, was denn hier genau in der Finanzierung innerhalb unserer normalen Haushaltsgebarung möglich ist. Und das sage ich jetzt nicht, weil ich mich davor drücke, sozusagen das reinzubringen, sondern weil diese Volumina eine Größe haben werden, ich kenne das gesamte Volumen noch gar nicht, die nicht einfach an die Gemeinden umgewälzt werden kann. Und deswegen macht es durchaus Sinn, das noch einmal auch separat darzustellen und auch die Lücken zu zeigen, die aus unserer heutigen Sicht in diesem Bereich da sind. Das ist ja praktisch, ich habe hier eine runterlaufende Uhr, und ich merke, dass ich Sie jetzt schon länger belästige. Ziel aus diesen drei Phasen, also Klärung der kurzfristigen Liquiditätsfragen, zweitens ein errechneter mit sichtbar dargestellten Konsolidierungsmaßnahmen sanierter Pfad für unseren operativen Saldo und eine Strukturierung von Vorhaben, diese Dinge werden in einem Nachtragsvoranschlag und eine mittelfristige Planung einmünden, die wir natürlich

selbstverständlich im Ganzen oder im Weg eines Budgetbeschlusses vorstellen. Im Weg bis dorthin werde ich selbstverständlich, und das haben wir ja auch schon besprochen, im Finanzausschuss auch Auskunft geben über den Stand unserer Tätigkeiten. Die tatsächliche Umsetzung der meisten Maßnahmen wird natürlich nicht bis 31. März von der Finanzdirektion angeschlossen werden können, wegen dieser Erwartungshaltung. Wir werden einen strukturierten Pfad vorlegen, die Umsetzung dieses Pfades wird sicher eine etwas längerfristige Variante sein, das heißt, anders gesagt, die harte Arbeit, nämlich das Heben dieser Potenziale, steht dann erst bevor. Ich darf damit mit meinem fachlichen Bericht hier enden und sage danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Hoher, geschätzter Gemeinderat, werte Stadtregierung, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und an den Bildschirmen, liebe Grazerinnen und Grazer. Eingangs darf ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses Graz bedanken, die heute nach Beendigung des regulären Dienstes noch eine erweiterte Nachmittags- und Abendschicht einlegen, um diesen Sondergemeinderat zu diesem äußerst unerfreulichen Thema zu begleiten. Vielen Dank.

Und man muss auch festhalten: Diese Sitzung muss abgehalten werden, weil die aktuelle Koalition nicht im Stande war, ein ordnungsgemäßes Budget vorzulegen, das den Rechtsnormen der Stadt Graz oder zumindest den herkömmlichen Regeln vernünftiger, vorrausschauender Finanzgebarung entspricht. Diese Sitzung hätte aber nicht abgehalten werden müssen, wenn man den Warnungen und Vorschlägen der Opposition gefolgt wäre, anstatt sie einfach als Nörgelei abzutun und stattdessen wieder und wieder die heftig strapazierte Leier vom fehlenden Spielraum zu bemühen, der aufgrund vermeintlicher Luftschlösser der Vorgängerregierung entstanden sei. Denn nicht nur seit dem alarmierenden Brief des Stadtrechnungshofdirektors wissen wir – und weiß die Koalition – ganz genau, dass nicht der aktuelle Schuldenstand das Problem ist. Das denkbar einfache Ablenkungsmanöver, um das eigene finanzpolitische

Versagen zu vertuschen, ist ja relativ schnell durchschaubar. Denn diese budgetäre Krise wäre ja durchaus abzuwenden gewesen. Oft genug haben wir gemahnt und aufgezeigt, es wurde jedes Mal negiert. Seit wir im November 2021, nach durchaus herausfordernden Zeiten in der Corona-Krise, einen sanierten und ausgeglichenen Haushalt übergeben haben mit einem konsolidierten Schuldenstand und einem konsolidierten Haus-Graz-Vermögen von mehr 5 Mrd. Euro, ging es eigentlich trotzdem stetig bergab. Und das, obwohl wir 2021 einen Überschuss und einen Investitionsfonds, der mit 128 Mio. Euro gefüllt war, übergeben haben. Wir haben die Koalition eindringlich aufgefordert, ihre Prioritätensetzung zu überdenken und Prognosenszenarien zu entwickeln, die eine Krisensituation wie diese zu verhindern hätte helfen können. Wir haben sie eindringlich vor drohenden Negativeffekten gewarnt, wenn sie den Stabilitätspakt verlassen, um Gebührenstopps umzusetzen und Anpassungen nicht zu vollziehen. Wir haben sie vor fast genau einem Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass es rechtlich äußerst bedenklich ist, mit einem Budgetprovisorium Maßnahmen zu beschließen, die deutliche Einnahmenverschlechterungen nach sich ziehen. Sie haben es dennoch getan. Im Februar dieses Jahrs dann haben wir abermals versucht durchzudringen, die Koalition aus dieser finanzpolitischen Schlafwagenfahrt ohne Lokführer zu wecken. Wir haben Stadtrat Eber aufgefordert, die vorläufigen Zahlen zum Rechnungsabschluss 2021 für die Budgetverhandlungen vorzulegen. Wir haben ihn ebenfalls ersucht, eine Vorlage eines Budgetfahrplans samt Eckwertvorgaben vorzulegen. Wir haben die Bürgermeisterin und abermals den Stadtrat aufgefordert, endlich Klarheit über die Prioritätenliste bei den Investitionen vorzustellen. Auch die Vizebürgermeisterin Schwentner haben wir höflich ersucht, über den Verhandlungsstand betreffend die Bundes- und Landeszuschüsse zum Öffi-Ausbau zu berichten. Und jetzt raten Sie einmal – genau – wir wurden nicht erhört, wir wurden getröstet, viel zu spät informiert. Im Gegenteil, Sie haben keinen klar kommunizierten finanziellen Rahmenplan vorgegeben, Sie haben ohne wirklich Budgetverhandlungen mit den Stadträten außerhalb der Koalition zu führen, eine klare Umverteilung zu Lasten der Bildung, der Kinder und Familien, der Wirtschaft und der Wissenschaft betrieben. Sie

haben die Rücklagen der Abteilungen ausgeräumt und jeglichen budgetären Spielraum durch die Umsetzung Ihrer Wahlversprechen im vermeintlich sozialen Bereich verpulvert. All diese Bausteine des jetzigen Desasters gipfelten dann aber im Budget, das im Juni vorgelegt wurde. Wie entrüstet waren Sie noch damals nach meiner Rede, an der Sie vor allem stilistisch herummäkelten, anstatt den Inhalt ernst zu nehmen und dementsprechend zu handeln. Alles, wirklich alles, was wir damals an fachlichen und handwerklichen Mängeln benannt haben, alle Versuche, das Budget zu schönen, wurden ein halbes Jahr später mittels Warnruf des Stadtrechnungshofes auf traurige Weise bestätigt. Dass der Stadtrechnungshof schon unmittelbar nach dem Budgetbeschluss mehrfach gewarnt hat, dass die mittelfristige Finanzplanung schon 2023 aus dem Ruder laufen wird und dass er darauf hingewiesen hat, dass die Liquidität der Stadt schon nächstes Jahr nicht sichergestellt ist, wird besonders brisant, wenn man dann auch noch erfährt, dass Herr Stadtrat Eber, anders als zugesagt, weder im September noch mit Ende Oktober eine überarbeitete Planung vorgelegt hat. Und natürlich wird dann ein wachsamer Stadtrechnungshof genau diese Warnungen dann schlussendlich als parteipolitisch unabhängiges Organ in einem Brief benennen, um diesem Irrweg endlich Einhalt zu gebieten. Ich fasse also noch einmal zusammen: Schon der ursprüngliche Budgetbeschluss ist laut oberstem Kontrollorgan der Stadt statutenwidrig gewesen. Das heißt: Das erst im Juni beschlossene Budget hält nicht und die Verantwortlichen sind bisher nicht in der Lage gewesen, es zu reparieren. Stattdessen wurden die Sozialausgaben weiter in die Höhe geschraubt und neue, millionenschwere Projekte beschlossen. Und das alles, obwohl wir Sie seit Monaten geradezu anflehen, endlich tätig zu werden und Ihre Versäumnisse und Schnitzer endlich auszubessern. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir hätten gerne Unrecht gehabt. Weil es eben um die Reputation dieser Stadt geht, weil es um das Fortkommen dieser Stadt geht, weil es darum geht, den hohen Lebensstandard, den wir seit über 19 Jahren aufgebaut haben, nicht in nur einem Jahr zerstört haben wollen. Besonders bemerkenswert ist aber Ihr Verhalten, nachdem diese finanzpolitische Bombe in Form des Briefes des Stadtrechnungshofs eingeschlagen ist. Schuld waren zunächst, wie erwartbar, die Vorgänger. Ein weiterer Übeltäter war natürlich der Stadtrechnungshof

selbst, der laut Eber und Kahr völlig überschießend reagiert hätte und man doch sehr verwundert über den Brief des Rechnungshofdirektors sei. Man hoffte nun, die Koalition würde jetzt endlich zusammenkommen, gemeinsam Verantwortung übernehmen, die heillose Überforderung des Finanzstadtrats auf mehrere Schultern verteilen, um endlich Lösungen anbieten zu können. Weit gefehlt: Statt Verantwortung zu übernehmen, fanden erste Absetzbewegungen statt. Die Vizebürgermeisterin Schwentner ließ ausrichten, die Budgetverantwortung liege alleine bei der KPÖ, von Klubobmann Ehmann ist keine nennenswerte Wortmeldung bekannt. In einer wahrlich bemerkenswerten Pressekonferenz, in der die Bürgermeisterin und der Finanzstadtrat sich von der Beamtenschaft eskortieren ließen, um nur ja nicht den Eindruck der politischen Zuständigkeit oder Verantwortung entstehen zu lassen, wurde die Krise kurzerhand abgesagt. In den darauffolgenden Tagen wurde offensichtlich der Ruf nach Konsequenzen für dieses Trauerspiel laut. In einem wirklich überraschend detaillierten Insider-Bericht schildert die Kleine Zeitung, dass der Druck in der Koalition zu hoch sei und eine Rochade gefordert wurde. Da die KPÖ aber den politisch Verantwortlichen aus reinem parteipolitischen Kalkül nicht durch den wohlverdienten Rücktritt erlösen wollte, ward schnell ein anderer Kopf gefunden, der aus persönlichen Gründen bereit war zu rollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin jetzt seit ca. 10 Jahren in diesem Haus und weiß um Ihr persönliches Engagement, Ihre soziale Kompetenz und Ihr ehrliches Bemühen um die Menschen in dieser Stadt, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind. Ich schätze und würdige das. Aber nach diesem einen Jahr muss ich feststellen, dass soziale Kompetenz und Sympathie noch kein Garant für das geeignete Übernehmen von Finanz- oder gar Gesamtverantwortung sind. Und ich muss leider auch sagen, dass es tatsächlich erschreckend ist, wie wenig Gesamtverantwortungsbewusstsein die anderen Koalitionspartner hier an den Tag legen. Aus parteitaktischem Kalkül den schwarzen Peter alleine auf einen überforderten Finanzstadtrat abzuschieben, weil man nur ja nicht ebenfalls in die Inkompetenzvermutung geraten will, ist ein Offenbarungseid über den Zusammenhalt dieser Partnerschaft. Meine Damen und Herren, Sie sind angetreten mit der Zusage, einen neuen Stil, einen anderen Umgang, ein neues

Miteinander zu leben. Es ist bedauerlich, dass diese Zusage nicht eingehalten wurde. Jedenfalls nicht im Umgang mit der Opposition, mit anderen Meinungen und Auffassungen. Es ist aber tatsächlich tragisch, dass Sie sich, auch aus ideologischen Gründen, fachlicher Expertise und finanzpolitischer Erfahrung anderer verschließen und Graz somit in kürzester Zeit in diese prekäre Lage gebracht haben. Ich bitte Sie aber, ziehen Sie tatsächlich Konsequenzen, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden. Dankeschön (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, sehr geehrter Zuseher. Starten wir positiv, ich darf mich im Namen aller Gemeinderäte für diese Möglichkeit bedanken, heute über das Budget sprechen zu können. Ich denke, das ist ein guter und richtiger Schritt nach vorne. Ich kann auch Ihnen, sehr geehrter Finanzstadtrat, ein bisschen die Angst nehmen, das wird jetzt in den nächsten Minuten zwar hart, aber es wird fair ablaufen, das kann ich Ihnen versprechen. Es handelt sich hierbei um ein komplexes Thema, da reden immer sehr, sehr viele, nur sehr, sehr wenige verstehen es. Deswegen war es doch auch eine Wohltat, wenn man den Ausführungen des Finanzdirektors vorhin lauschen durfte, der dürfte eine Ahnung haben von dem, über was er spricht, das war nicht immer so. Wenn ich kurz einen Ausblick geben darf, wie wir die kommenden Minuten gemeinsam verbringen werden. Wir werden zuerst kurz in die Vergangenheit reisen, werden uns ein bisschen die Umstände anschauen, die zu dieser Lage geführt haben, in der wir uns heute befinden. Wir werden uns dann anschauen, was im letzten Jahr passiert ist, weil da ist einiges passiert. Und wir werden uns dann auch ein paar Vorschläge zur Budgetkonsolidierung näherbringen lassen. Ich darf eingangs aber meine Vorrednerin in zwei Dingen kurz korrigieren. Liebe Dani Gmeinbauer, wenn sich der Michi Ehmann von der SPÖ nicht meldet, dann ist das nicht ein Anzeichen für eine Krisensituation, sondern ist das die Normalsituation, weil das merkt man schon seit über einem Jahr in dieser Koalition. Und das Zweite, wo ich wirklich etwas zurückweisen muss, und ich bin nicht der

Sprecher der Regierungskoalition, dass die Stadtregierung in einem Jahr das ganze Werk gegen die Wand gefahren hat, das kann man so nicht stehenlassen, weil das stimmt nicht (*Appl. Koalition*).

Und ich bin wirklich als jemand bekannt, der die Dinge hart anspricht, aber doch fair.

Und wenn man sich jetzt in die Vergangenheit begibt, dann liest man z.B.:

„Hiobsbotschaft vom Grazer Schuldenrat.“ Das könnte aus dem November 2022 sein, ist aber aus dem April 2005, Zitat: „Schon damals wurde das Kulturhauptstadt-Jahr 2003 als Grund für zusätzliche massive Belastungen genannt.“ Wir gehen weiter in das Jahr 2009, da sagt der Stadtrechnungshof schon ganz klar, dass er aufgefordert worden ist, eine Expertise zu erstellen, in der verschiedene Städte Österreichs verglichen werden. Hintergrund des Antrags: die massiv finanziell angespannte Lage. 2011, wir erinnern uns alle, hat es eine Null-Lohn-Runde gegeben für die steirischen Landesbediensteten und auch für die Gemeindebediensteten der Stadt Graz. Auch da führt das Land Steiermark aus, dass schon damals die Budgetsituation in den Gemeinden, und damit auch in der Stadt Graz, äußerst angespannt war. 2012 die gleichen Meldungen. 2020, wegen Corona: Stadt Graz rutscht in 1,7 Mrd. Euro Gesamtverschuldung. Also man sieht hier sehr deutlich, dass die Stadt Graz in den letzten 20-25 Jahren vieles war, nur sicher nicht der Musterknabe in finanziellen Angelegenheiten. Und da gibt es jetzt nicht eine Fraktion, die alleine daran schuld ist, da gibt es nicht Einzelpersonen, die daran schuld sind, da haben sehr, sehr viele dazu beigetragen. Und viele dieser Faktoren, muss man auch ehrlicherweise sagen, in der Vergangenheit schon nicht, aber auch im letzten Jahr nicht, kann man nicht alleine dem Finanzstadtrat umhängen oder früheren Verantwortlichen. Wir denken hier an die Niedrigzinsphase, die hat es viele, viele Jahre gegeben, das war kein Normalzustand. Für uns war es normal in den letzten fünf bis sechs Jahren, nur eigentlich war das kein Normalzustand, dass diese Niedrigzinsphase durch die EZB so lange gehalten wurde. Wir hatten eine äußerst günstige wirtschaftliche Entwicklung mit einer kurzen Unterbrechung in den Jahren 2008/2009, das muss man auch anmerken. Es gab die Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008, die war natürlich toll für die Regierenden, weil da hat man sehr, sehr viel, was falsch läuft, unter diese

Weltwirtschaftskrise reinhauen können. Probleme mit den Gemeinden, Probleme mit dem Budget, naja, ist die Weltwirtschaftskrise schuld. Wir haben dann natürlich Corona erlebt, wo man auch sagen muss, da müssen wir jetzt die Auswirkungen tragen der fehlgeleiteten Politik in vielen Bereichen der letzten Jahre, weil diese ganzen Schulden, diese Schuldenmacherei während Corona, wo das Geld abgeschafft war, die trifft auch die Stadt Graz dann mit jährlich 10 Mio. Euro, die zurückgezahlt werden müssen. Und natürlich heuer die Ukraine-Krise, der Krieg in Europa, der uns auch trifft. Das kann man Ihnen alles nicht vorhalten, das kann man aber auch den Vorgängern nicht vorhalten. Ich habe mich nach dieser Medienrecherche dann einmal die Rechnungshofberichte der letzten Jahre und der letzten Jahrzehnte angesehen, das müssten auch einmal die Journalisten tun, die in den letzten Wochen ja teilweise schon fast hysterisch die Dinge aufgreifen. Und da sieht man schon immer wieder in den Jahren 2019, 2020, auch 2021, dass die Lage nicht so rosig war, wie sie immer gerne dargestellt wird, da hat man halt zugesehen. Immer wieder tauchen diese, ich habe es mir dann herausgeschrieben, diese Kassenstärker auf, wenn ich hier vorlesen darf: „Um die Liquidität der Kommunen sicherzustellen, wurde von der Landesregierung eine Anhebung der Kassenstärker beschlossen.“ Dadurch gibt es insgesamt die Möglichkeit zur Aufnahme von zusätzlichen Mitteln in der Höhe von 196,7 Mio. Euro. Außerdem wird die Liquiditätssituation der Landeshauptstadt Graz durch insgesamt zusätzliche 240 Mio. Euro abgesichert. Das ist ja alles ein Anzeichen, dass hier schon etwas nicht in Ordnung war, wenn man in solchen Summen der Stadt Graz diese Kassenstärker zur Verfügung stellen muss. Und im Endeffekt ist es auch in den kommenden Jahren völlig egal, ob es um 2,4, 2,8 oder 3,2 Mrd. Euro geht. Wir haben seit, vielen, vielen Jahren ein Problem, das haben wir auch auf Bundesebene, das haben wir genauso auf Landesebene, wo man einfach sieht, ausgabenseitig passt das nicht mehr zusammen, weil einnahmenseitig da sprudeln die Einnahmen, das muss man schon sagen. Auch durch die Inflation, es ist ja immer mehr Geld da, nur wir geben auch gleichzeitig immer mehr aus. Man könnte sich dann über die Jahre alle möglichen Gustostückerln anschauen, die der Rechnungshof so von sich gegeben hat, natürlich dann auch oft nicht beachtet wurden. Auch aus dem Jahr 2021 ganz, ganz

spannend: Der Stadtrechnungshof hält kritisch fest, dass die Vermögensrechnung durch Aufnahmen der Geldflüsse aus dem Jahr 2021 Sachverhalte dargestellt hat, welche erst nach dem Rechnungsabschlussstichtag eingetreten sind. Da könnte man sagen, um den Stadtrat Riegler zu zitieren: Da hat jemand irgendetwas hineingeschummelt. Wenn man sich das alles vor Augen führt, was in den letzten Jahren passiert ist, dann wird man zu dem Schluss kommen, dass hier schon eine erhebliche Altlast da war, dass hier Altlasten da waren. Und es ist nun einmal nicht Sin City, wo man zu Beginn nach einer Wahl, einer abgelaufenen Regierungsperiode alles auf null stellt. Da sind die Altlasten, die haben Sie mit einem gewissen Teil, Sie waren immer im Gemeinderat, Sie haben vieles mitgetragen, natürlich auch mitzutragen. Wenn man sich dann aber anschaut, was ab November 2021 passiert ist, dann beginnt, Herr Stadtrat, auch zum Teil Ihr Versagen. Und Sie erinnern sich zurück, wie wir im Dezember über das Budget gesprochen haben, da hat Ihnen mein Klub das Vertrauen ausgesprochen, da haben wir das mitgetragen, dass Sie sechs Monate Zeit bekommen, um die Dinge zu ordnen, um einen Kassensturz zu machen und um sich einmal einzuarbeiten. Wir haben das als fair empfunden, dass man sagt, gut, ok, Sie werden im nächsten halben Jahr ein Budget präsentieren und werden dann in diesem halben Jahr schon besser mit den Dingen umgehen können, im Dezember wäre das zu viel verlangt gewesen. Diesen Aufschub haben wir Ihnen gewährt. Und wenn man sich dann anschaut, was in diesem halben Jahr passiert ist und was dann in dem ganzen Jahr passiert ist, dann wird man fassungslos. Weil Sie als Finanzstadtrat müssen kein Finanzexperte sein, das sind hier im Raum, im Gemeinderat, aber auch im Stadtsenat die wenigsten, das müssen Sie als Politiker auch nicht, Sie sind ja Politiker, Sie sind aus dem Volk, Sie kommen aus Ihrem Beruf und Sie mögen auch kein Finanzexperte sein, aber Sie haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass in Ihrem Ressort die entsprechenden fähigen Menschen an der Budgeterstellung, an diesen ganzen Finanzdingen arbeiten. Und ich glaube, hier liegt der Hund begraben, weil eine Altlast, die Sie auch mittragen mussten, und das ist in den letzten Wochen immer deutlicher zu sehen gewesen, das war der Ex-Finanzdirektor, der wirklich, wie man hört, ja nicht der Geeignetste für diesen Job war. Ich habe dann einmal etwas gemacht, was ich

gerne mache, wenn ich mir so Leute anschau, um sie zu beurteilen. Ich habe mir den Lebenslauf angesehen und ich war schockiert. Da sitzt jemand auf einem der wichtigsten Posten mit einem Geschichteabschluss, nicht, dass das schlecht wäre, ich würde mich genauso aufregen, wenn da jemand sitzen würde, der Mediziner oder sonst wäre, nur ich glaube, der kommt einfach aus einem derart fremden Bereich, dass er vielleicht nicht diese Kompetenz von seiner Ausbildung her mitgebracht hat, das höchste Amt, das höchste Finanzamt, zu bekleiden. Wie ist es dazu gekommen, dass der Finanzdirektor wurde? Da kann man sich schon seine Fragen stellen. Jetzt ist das eine Altlast, die Sie übernehmen mussten. Ich sage Ihnen, Sie hätten diese Altlast früher loswerden müssen, und dann, vor wenigen Wochen, sind Sie diese Altlast losgeworden. Da gab es dann den Moment, wo man dem Ex-Finanzdirektor die seidene Schnur scheinbar gegeben hat, nur um ihm am nächsten Tag äußerst sanft aufzufangen. Da gab es dann einen Sondervertrag, und da bin ich aus allen Wolken gefallen, als ich das gelesen hab, und auch über diese Zustände, die sich danach ergeben haben, da hat dann der Stadtrat Riegler gesagt, dieser Sondervertrag wurde vorbeigeschummelt an den Stadträten. Stimmt das? Na, wenn das stimmt, dann haben wir hier Zustände erreicht, wo man sagen muss, Schluss, aus, es geht nicht mehr. Wenn hier Sonderverträge an den Stadträten vorbeigeschummelt werden, wo irgendwelche Personen mit Sonderverträgen ausgestattet werden ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Zur Geschäftsordnung, es ist nichts vorbeigeschummelt worden, nur um das richtig festzuhalten. Das ist auf der Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil gewesen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Ich nehme mein Wissen hier nur aus der Zeitung.

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Deswegen sage ich es Ihnen ja.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Naja, wenn eine Stadträtin dagegen stimmt, kann es ja trotzdem anderen nicht vorgelegt worden sein, das muss man ja sagen. Ich entnehme der Zeitung ja nur das, was hier drinnen steht. Und da behaupten Stadträte, oder ein Stadtrat behauptet, dass das vorbeigeschummelt worden ist. Das sind Zustände, die man wirklich nicht gelten lassen kann für die zweitgrößte Stadt in Österreich. Jetzt stellt sich mir die Frage, warum stattet man den ehemaligen Finanzdirektor Tschikof mit so einem Sondervertrag aus? Da muss ja irgendetwas dahinterstecken, vor allem, wenn das die KPÖ macht, die immer wieder gegen diese Sonderverträge aufgetreten ist. Diese Frage muss man sich schon stellen und da werfe ich Ihnen einiges vor. Jetzt ist natürlich die Frage, wie kommen wir aus dieser Budgetmisere wieder heraus? Ich habe schon im Juni bei meiner Budgetrede kritisiert, dass Sie im Kleine-Zeitung-Interview mit teilweise schon wahnwitzigen Vorstellungen das Budget sanieren wollten. Ich habe mich heute wieder daran erinnert, wie ich mich vorbereitet habe, Sie wollten die Parkraumbewirtschaftung zur Budgetsanierung heranziehen; naja, das wird nicht reichen. Sie haben dann damals gesagt, naja, jetzt streichen wir den Politikern in den Aufsichtsräten die Gagen, das hat dann damals, wie ich angemerkt habe, nur den Michi Ehmann getroffen mit der Holding. Also mit den 200 Euro, die der Michi Ehmann seit Juni weniger hat, haben wir das Budget halt auch nicht saniert. Dann habe ich mir in der Vergangenheit auch Ihr Wahlprogramm angeschaut aus dem Jahr 2009, da haben Sie damals schon gezeigt, dass Sie die Kompetenz für dieses Amt nicht unbedingt besitzen. Da haben Sie geschrieben: „Man wird sich da einsetzen müssen, dass auch auf Bundesebene mehr Geld nach Graz fließt, weil sonst könnte man ja als Sanktion“, steht tatsächlich in Ihrem Wahlprogramm, „in Zukunft bei den Nationalratswahlkämpfen nicht mehr mitmachen.“ Das wird jedem völlig egal sein, ob die KPÖ bei den Nationalratswahlen mitmacht, deswegen wird nicht mehr Geld nach Graz fließen.

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Ich darf Sie nur aufmerksam machen, bitte auf die Zeit achten.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Jetzt ist meine Frage, die ich mir stelle, wann kommen denn diese Konsolidierungsmaßnahmen? Von denen hören wir seit Juni, dann hören wir über den Sommer immer wieder, dann hören wir in den letzten Wochen, und dann ist es so, dass der Herr Finanzdirektor heute zu Beginn ausgeführt hat, die kommen dann ganz sicher im März, weil wir arbeiten jetzt daran. Und was wurde bis jetzt gemacht? Weil wenn man den kompetenten Ausführungen von Finanzdirektor Müller sorgfältig zugehört hat, dann klingt das so, als würde er von null beginnen. Was wurde bis jetzt gemacht? Was wurde unter dem ehemaligen Finanzdirektor Tschikof und unter Ihrer politischen Verantwortung in Richtung Budgetsanierung bis heute unternommen? Es klingt so, als müsste der Finanzdirektor Müller, und das hat er selbst zugegeben, unter extrem hohem Druck jetzt alles nachholen, was in den letzten Monaten nicht passiert ist. Ich kann Ihnen nur eines sagen ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Ich muss Sie jetzt wirklich bitten, zum Schluss zu kommen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Wir müssen jetzt wirklich daran arbeiten, keine Zeit mehr zu verlieren. Wir haben Ihnen das gezeigt, dass wir Ihnen von Anfang an Zeit gegeben haben, das war vielleicht ein Fehler rückblickend, Sie haben das Vertrauen, das wir in Sie gesetzt haben, enttäuscht, und deswegen fordere ich Sie auf, jetzt keine Zeit mehr zu verlieren, legen Sie auch die Konsolidierungsmaßnahmen offen, und im Übrigen meine ich, und das ist der Abschluss, den Vertrag vom Ex-Finanzdirektor, den müsste man auflösen umgehend (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Gemeinderat, liebe Kollegen von der Regierungsbank. Dem Herrn Müller ist voll und ganz zuzustimmen. Er könnte es eigentlich nicht besser ausgedrückt haben, als ich es hätte ausdrücken können (*Appl. und Gelächter im Saal*). Das Budget 2023 hat nicht gehalten, hier an diesem Tisch habe ich das im Juni gesagt, es ist nicht einmal das Protokoll der Juni-Gemeinderatssitzung geschrieben und, mittlerweile wissend, erfahren wir bereits, dass es schon wieder ein neues Budget braucht. Also, das Budget hat nicht gehalten, es wurden 12 Monate Zeit vergeudet. Und ja, Manfred Eber, gerne kooperieren wir, es war halt nur bisher nicht so. Lieber Manfred, du hast und ihr habt alle miteinander mit der Koalitionsmehrheit ein Streichkonzert bei den Sparbüchern veranstaltet. Ihr habt in der Kultur, in der Wirtschaft, in der Bildung, in der Kinderbetreuung ein Streichkonzert veranstaltet, ihr habt es zugelassen, dass das Personalbudget mit 2,5 %, um der Wahrheit die Ehre zu geben, berücksichtigt war im Budget. Das eine zusätzliche Prozent, das ihr dann immer mitrechnet, ist darauf zurückzuführen, dass ihr natürlich auch die Vorrückungen noch vorsehen müsst, denn Personalkostenerhöhungen setzen sich aus zwei Komponenten zusammen, Inflationsanpassung und Vorrückungen. Und die 3,5, von denen ihr immer sprecht, sind natürlich jetzt Inflationsanpassung und Vorrückungen, und tatsächlich sind wir jetzt bei einem ganz anderen Stand. Ihr habt unsere Gegenvorschläge nicht beachtet, ich habe immer wieder wiederholt, die Daniela Gmeinbauer hat das dankenswerterweise sehr schön heute zusammengefasst, nicht reagiert auf Vorschläge von uns. Ich habe an diesem Ort hier am Beginn der Gemeinderatssitzung, die über das Budget beschlossen hat, ihr erinnert euch ganz genau, gesagt, das ist nicht in Ordnung, dass man die öffentliche Verkehrsfinanzierung nicht abbildet und gleichzeitig aber ein 40-Millionen-Überschussbudget 2022 vorlegt um den Preis, dass dafür dann das 2023er-Budget ertragslagemäßig fast mit 100 Mio. Euro im Minus ist. Das ist nicht ok. Ich habe damals meine rechtlichen Bedenken angemeldet, ich habe auch schon beim Budgetprovisorium vor einem Jahr die rechtlichen Bedenken dagegen eingewendet, dass man einen Haushalt abgibt, der eigentlich auf Einnahmensteigerungen, nämlich auf die Valorisierung von Müll, Kanal und Wohnungen verzichtet und gleichzeitig aber

eigentlich in ein Minus navigiert. Jetzt liegen die roten Zahlen am Tisch und ihr werdet euch fragen, wie kommt das, dass plötzlich innerhalb eines Jahres diese Sachlage sich so ins Negative gedreht hat? Und ich glaube, dass das durchaus auch für die Menschen draußen von Interesse ist, dass wir uns einmal darüber unterhalten, wie es denn wirklich ist, denn der Herr Pascuttini hat sich jetzt offenbar zum großen Lordsiegelbewahrer der Altlastentheorie erhoben, indem du, lieber Alexander ...

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini**: Ich heiße Alexis.*

StR Dr. Riegler:

Entschuldigung, Alexis, dass du, lieber Alexis, jetzt hier sämtliche Finanzkrisen, dankenswerterweise, der letzten Jahrzehnte aufgezählt hast. Ja, 2005 und 2006 waren tatsächlich Jahre, in denen der Haushalt zweistellig negativ war, damals war ja der Finanzstadtrat ein Roter. Damals war die Lage die, das kann ich übrigens auch erklären, dass die Getränkesteuer bundesseitig eingezogen wurde und entsprechende Riesenzusatzverluste aufgetreten sind, deswegen haben wir eben in der letzten Gemeinderatsperiode ein Haushaltskonsolidierungsprogramm 2005/2006/2007 gemacht. Ich war damals selbst als Stadtrechnungshofdirektor in der Direktorengruppe, die damals die Aufgabenkritik und dann auch die Reform im Haus Graz betreut haben. Ja, das hat damals stattgefunden. Dann kam die Weltfinanzkrise, du hast vollkommen Recht, 2008, und wir haben danach dann noch einmal 2013/2014 auch im Land ein Doppelbudget gehabt, wo gespart werden musste. Also das jetzt irgendeiner bestimmten Fraktion oder irgendeiner bestimmten Verantwortung zuzuordnen, ist schlichtweg falsch und auch hat auch mit der tatsächlichen momentanen Schieflage nichts zu tun. Die Schieflage, und das war meine Frage von vorhin, woher kommt die? Die Schieflage kommt daher, dass das laufende Budget nicht ausgeglichen ist. Und das ist eben genau das Problem, auf das der Manfred Eber, und da muss ich dich leider persönlich in die Verantwortung ziehen, nicht eingegangen

ist. Denn, wir wissen seit Februar/März, seit Beginn des Putinschen Angriffs auf die Ukraine, dass die Gaspreise steigen, dass die Energiepreise steigen, dass die Baukosten massiv nach oben galoppieren. Und ja, wir wissen, dass natürlich selbstverständlich eine Kommune, eine Stadt wie Graz, mit ihren Tochtergesellschaften, vom Flughafen bis zur Messe, selbstverständlich vor allem Ausgaben zu tätigen hat, die genau in diesen Segmenten entscheidend anfallen, nämlich Instandhaltungen und Neubauten in Gebäuden. Wir haben einen Baukostenindex, der in die Höhe schießt, und ihr habt dennoch die Sozialausgaben erhöht, ihr habt dennoch ein geschöntes Budget 2022 vorgelegt mit 40 Mio. Euro Überschuss, das muss man noch einmal vergewissern. Und da habe ich auch mit meiner Fraktion gemeinsam beim Stadtrechnungshofdirektor einen Prüfantrag eingebracht. Kann das tatsächlich rechtens sein, wenn die Haushaltsvorschriften, wenn das Grazer Stadtstatut uns aufträgt, dass wir ein Jährlichkeitsprinzip, dass wir ein Prinzip der Periodenrichtigkeit bewahren sollen, dass wir Transparenz und Klarheit, übrigens, Transparenz habt ihr euch immer besonders auf die Fahnen geschrieben, dass wir dieses Transparenzprinzip so dermaßen verletzen, in dem wir einfach sagen, ok, bei der Verkehrsfinanzierung wird im Jahr 2022 so getan als gäbe es sie nicht und dann im Jahr 2023 nehmen ich einfach die doppelte Last hinein. Das kann nicht sein, das kann nicht die Idee des Gesetzgebers gewesen sein bei der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung und bei der Haushaltsordnung, dass man in einem Jahr das Verkehrsdefizit auslässt und im nächsten Jahr das Doppelte hineinnimmt. Und daher rühren auch unsere Probleme, die wir im Moment haben. Übrigens, Manfred, weil du heute ganz am Beginn vollmundig gesagt hast, das heurige Jahr wird so super sein, da werden wir die Schulden einfach reduzieren. Naja, das ist klar, ihr beschließt ja auch seit einem Jahr kaum nennenswerte Investitionsprojekte. Es geht natürlich die Kurve der Investitionsplanungen gegenüber der tatsächlichen Linie seit Monaten hinunter, das ist richtig und darüber hat sich ja auch die Frau Vizebürgermeisterin Schwentner sogar schon in den Medien mokiert, dass eben dieser Koalition das Geld ausgeht und dass bei den Investitionen nichts weitergeht. Vermutlich würdest du sehr gerne weitere Verkehrs- und Bauinvestitionen tätigen, kannst es aber nicht, weil eben offenbar

seitens des Finanzstadtrates gar nicht die nötige finanzielle Bedeckung vorgesorgt wird. Also ja, wir sind tatsächlich das, was wirklich die Kritik ist, und darauf muss man eingehen, und das muss ganz klar heute benannt werden. Ihr habt 12 Monate Zeit gehabt, ihr habt in diesen 12 Monaten kaum etwas getan, ihr habt weder den Kapitalmarkt beruhigt, noch habt ihr für Finanzierungen gesorgt, ihr habt eine Teuerung, die herangekommen ist und einen Konjunkturéinbruch, von dem wir bereits seit April wissen, dass er kommen wird, ignoriert. Habt ein geschöntes Budget 2022 abgegeben und wundert euch jetzt, dass jetzt auf einmal plötzlich Ende Oktober der Stadtrechnungshofdirektor mit einem Brief kommt und sagt, ja, Achtung, das ist ein bisschen eine gefährliche Situation, das 2023er-Jahr, ja, ich habe das im Juni, ist sogar in der Zeitung zitiert worden, gesagt, der Manfred Eber hat viel Zeit verloren, und es wird dann halt immer schwieriger und es beginnt halt jetzt zu holpern. Ich möchte noch einen Schmäh nicht durchgehen lassen, und das ist wirklich ein Schmäh: Ihr operiert jetzt mit einem angeblichen Schuldenstand von 3,2 Mrd. Euro, der so nicht stimmt. Es ist in dieser Schuldenfortrechnung, und mit dieser Zahl operiert ihr momentan, in dieser Schuldenfortrechnung ist ein über 300-Millionen-Euro-Fehler drinnen, weil die Zinsen falsch gerechnet sind. Es sind zum Teil die Beteiligungserträge und die Holding-Graz-Ergebnisse der Tochtergesellschaften sicher seit Monaten nicht mehr aktualisiert eingearbeitet worden in diese Mittelfristplanung. Ihr sitzt jetzt seit zwei Wochen auf einer Mittelfristplanung, habt es zuerst nicht hergegeben, dann haben wir letzte Woche dreimal einfordern müssen, dass wir sie doch bekommen, angeblich unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Und beim ersten Hinschauen, kann ich mich noch erinnern, ich habe das gesehen, denke ich mir, die Zinsen können nicht stimmen. Also bitteschön, tut uns nicht die Geschichte erzählen, wir sind bei 3,2 Mrd. Euro, haben wir gestartet, und in drei Monaten kommt der Manfred dann wieder daher mit einer Spontanheilung, mit einer finanzpolitischen Spontanheilung, wo er dann sagt, super, jetzt sind wir auf einmal wieder auf 2-Komma-irgendwas unten. Also in Wahrheit sind die 3,2 Mrd. Euro ein Schaden, den ihr anrichtet, indem ihr diese Mittelfristplanung am heutigen Tag nicht richtiggestellt habt. Du hättest eigentlich für eine Sondergemeinderatssitzung, die wir hier abhalten und in der wir uns

eben über die finanzielle Lage unterhalten, eigentlich einmal die größten Fehler einfach ausbessern können und eine aktualisierte Planung vorlegen können. Ist nicht geschehen, muss man so zur Kenntnis nehmen, das ist Kritik. Herrn Müller ist zuzustimmen, der Nachtragsvoranschlag ist notwendig, das habe ich von Anfang an gesagt. Ich habe sofort im Juni in der Gemeinderatssitzung gesagt, der 2023er-Haushalt kann nicht halten, du hast es noch vor einer Woche in den Medien bestritten, dass beim 2023er-Nachtragsvoranschlag ein neuer Voranschlag notwendig sein würde, jetzt auf einmal, eine Woche später, sagst du das Gegenteil. Ich fühle mich im Grunde genommen bestätigt und muss halt bedauern, dass es leider so ist, dass diese Bestätigung natürlich zum Unwohlsein der Stadt ist. Abschließend, ja, wir werden mitarbeiten, wir sind konstruktiv, es wäre fair gewesen und gut gewesen, wir hätten tatsächlich seit einem halben/dreiviertel Jahr faire Budgetverhandlungen gemacht. Wir hatten keinerlei Budgetverhandlungen, nur um das klarzustellen, ich habe mein Kulturbudget vorlegen können und habe dann einfach nach vier Wochen, auf Nachfrage dann, ein wieder heruntergestrichenes Budget zurückbekommen, wo lediglich ein 1 % drinnen waren. Und du hast dann sogar noch als Verhöhnung der Opposition, habt ihr dann noch gepostet auf Facebook, es ist in allen Bereichen genug Spielraum für Valorisierungsanpassungen. Das war mitnichten der Fall, deswegen haben wir jetzt bei den Bühnen Graz nachbessern müssen, und ich bin gespannt, ob wir im Dezember für die freie Szene endlich einen fairen Teuerungsausgleich unterbringen können. Also ja, es hat viele Versäumnisse gegeben, es ist wichtig, das alles zu sehen und aufzuzeigen. Und ja, wir sind selbstverständlich bereit und sogar begeistert bereit, und waren das immer, und haben auch immer den Weg zu euch gesucht und auch immer wieder mit Hinweisen, die in den Wind geschlagen wurden, helfen wollen. Abschließend, arbeiten wir zusammen, machen wir einen Schulterchluss, aber dann bitteschön auch mit Transparenz. Denn bisher habe ich eigentlich vor einer Sitzung meistens nichts bekommen, und auch die Mittelfristplanung, von der ihr jetzt sagt, dass es nur eine Vorschau wäre, ist erst auf dreimaliges Bitten und Nachfragen überhaupt erst herausgegeben worden. Also, geht bitte auch mit offenem Visier und auf Augenhöhe auf uns zu und redet mit der

Opposition und starten wir gemeinsam durch, damit wir eben das Vertrauen wiederherstellen, das momentan ziemlich beeinträchtigt ist. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Dankeschön, bitte unbedingt auf die Zeit achten. Es sind 10 Minuten und man kann sich ja noch einmal melden, wenn man möchte.

GR Günter **Wagner**:

Werte Mitglieder der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuseher. Die Zeitrechnung beginnt nicht vor drei Wochen mit deinem Brief, das möchte ich eingehend sicher noch einmal sagen. Die vom Stadtrechnungshof, eben im Rahmen eines Briefs, geäußerte Kritik und die folgenden Debatten haben leider auch ganz klar gezeigt, wie fragil die Koalition eigentlich dasteht. Denn eines muss man festhalten, ihr seid bereits mit dem ersten Budget gescheitert. Die Schuldzuweisungen an die Vorgängerregierung, die wird uns hier jetzt auch nicht sonderlich weiterhelfen. Denn es ist ja nicht so, als hättet ihr nicht gewusst, was ihr übernommen habt, ihr habt ja vorher immer laut getrommelt, es besser machen zu können. Die anderen Koalitionsparteien, Grüne und SPÖ, üben sich die letzten Tage in Distanz zur KPÖ, das verwundert mich jetzt momentan nicht sonderlich, ist aber in Wahrheit sicher auch nicht der richtige Zugang zu dem Ganzen. Ich glaube, es braucht eine ganz andere Art der Auseinandersetzung, wenn es darum geht, zukunftstaugliche Finanzpolitik für die Stadt Graz hier auf Bahn zu bringen. Fakt ist, ihr habt das Amt übernommen, Fakt ist, ihr habt ein halbes Jahr Zeit euch erbeten, um euch in das Zahlenwerk einzuarbeiten und um ein passendes und zukunftstaugliches Budget, das ja besser ist als alle je zuvor, hier zu erstellen. Fakt ist aber auch, das hat nicht einmal so lange gehalten, wie ihr euch die Zeit genommen habt, um es zu erstellen, das war ein halbes Jahr und jetzt hat es nicht einmal ein halbes Jahr gehalten. Und das ist grundsätzlich jetzt nicht unbedingt etwas, was von Qualität zeugt und zeigt ja somit, dass grundsätzlich hier

viele Ansätze von Haus aus verkehrt waren. Und ja, die Kritik habt ihr auch zu hören bekommen, z.B. was die Rückstellungen oder die Vorsetzungen der Gehaltserhöhungen, die anstehenden, betrifft. Das haben wir bei der Debatte damals schon bekrittelt, das war damals schon absehbar, das war nicht so, dass das keiner vorausgesehen hätte, nur reagiert wurde in Wahrheit nicht darauf, und das ist grundsätzlich verheerend und das wird uns einfach in Zukunft nicht weiterhelfen. Wir müssen aber auf jeden Fall jetzt schauen, dass wir das schnell auf die Bahn bringen. Und ich finde das wirklich schlimm, dass jetzt wieder auf den März des nächsten Jahres weitervertröstet wird, denn in Wahrheit habt ihr das seit Juni gewusst. In der Wortmeldung habe ich vorhin gehört, es ist seit Juni bekannt gewesen, dass sich hier gewisse Parameter verändern, über den Sommer hinweg hat sich das weiter abgezeichnet. Das würde heißen, es ist die letzten Monate nichts passiert, das kann und will ich selbst ja gar nicht glauben. Weil, wenn man den Ausführungen von Herrn Mag. Müller folgt, und die sind meiner Meinung nach sicher richtige Ausführungen gewesen, dann würde das ja bedeuten, er fängt jetzt bei null an, und da frage ich mich dann schon ernsthaft, was ist denn jetzt die letzten Monate wirklich passiert? Was erwartet sich die FPÖ, aber zweifelsohne auch viele Grazer jetzt in den nächsten Wochen und, in dem, Fall leider Monaten? Klar definierte, konkrete und bezifferte Konsolidierungsmaßnahmen, ein gemeinsames Wirken der gesamten Stadtregierung und echte Einbindung des Gemeinderates, dann doch das Heranziehen von externen Experten, Bediensteten der Stadt und vielleicht auch vom Landesrechnungshof, bei der Ausarbeitung der notwendigen Maßnahmen, grundsätzlich jeden miteinbinden, der dabei jetzt helfen kann, ein personelle Kontinuität und Professionalität im Bereich der Finanzdirektion, definitiv kein Durchboxen kostenintensiver Vorhaben nur aufgrund Parteimotiven, und damit meine ich, auch so mancher Radweg wird vielleicht jetzt noch ein bisschen warten müssen, und Stadion werden wir wahrscheinlich so schnell auch keines bauen können. Die Durchforstung sämtlicher Förderungen und eben zukünftig eine weitsichtigere Budgetannahme, wie es eben auch vom Beispiel der Gehaltsanpassungen von mir schon erwähnt worden ist. Ganz besonders zentral ist es aber bei allem notwendigen und durchaus kontrovers geführtem politischen Diskurs,

darauf nicht zu vergessen, dass wir einfach eine hohe Verantwortung tragen und da gilt es jetzt nicht, dass wir uns schon auf die nächsten Wahlen vorbereiten, sondern Graz gesamtheitlich sehen und einfach schauen, dass wir hier jetzt wirklich schnell ein gutes, aber vor allem auch sicheres Budget zustande bringen. Und die letzte Sitzung erst hat gezeigt, das ist noch nicht bei allen angekommen, weil, egal wie schön ich es finde, dass wir Nachbarschaftszentren mit einer halben Million Euro ausstatten und wie sehr ich davon ausgehe, dass ich mit einer halben Million vielleicht das Budget jetzt nicht retten werde, aber wenn wir bei solchen Beträgen schon anfangen, hier wegzuschauen und zu sagen, naja, gut, die halbe Million, die rettet uns nicht und die 300.000 Euro retten uns auch nicht, dann, glaube ich, werden wir so bis zum Ende nicht weiterkommen. Auf jeden Fall hoffe ich jetzt wirklich, dass man ins Tun kommt, wenn vernünftige Vorschläge kommen; werden wir die auch mittragen. Die Hoffnung stirbt zuletzt, aber ich werde das die nächsten Wochen und Monate sicher gut im Auge haben und hoffe, dass ihr das auch habt (*Appl.*).

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen. Bevor ich mit meiner Rede sozusagen starte, möchte ich noch kurz auf das eingehen, was der Stadtrat Riegler vorhin gesagt hat, nämlich, dass das Aussetzen der Verkehrsfinanzierung sozusagen das Budget geschönt hätte. Da möchte ich nur kurz aus der Vorkontrolle des Rechnungsabschlusses für 2021 den Stadtrechnungshof zitieren: „Wie schon letztes Jahr hat sich die Stadt als Eigentümerin der Holding dazu entschieden, die 50 Mio. Euro Verlust für den öffentlichen Verkehr nicht aus der Kasse der Stadt zu begleichen, sondern aus dem Vermögen der Holding zu nehmen.“ Dadurch wirkt das Ergebnis der Stadt weniger beunruhigend. Also wenn ich das richtig lese, hat er eigentlich genau das gemacht als Vorgänger, was er jetzt beim Stadtrat Eber kritisiert hat.

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler** unverständlich.*

GRⁱⁿ **Katzensteiner**:

Und da möchte ich dann gleich einsteigen sozusagen, auch mit einem Blick in die Vergangenheit, in meine Rede. Entgegen dem Eindruck, der nämlich von manchen Kolleg:innen aus der Opposition erweckt wurde, kommen Budgetprobleme nicht von heute auf morgen, und das Budget wurde nicht innerhalb des letzten Jahres in Schieflage gebracht, die Probleme der Stadtfinanzen reichen um einiges weiter zurück. Nämlich in Zeiten, in denen die ÖVP die Verantwortung für die Stadtfinanzen innehatte. Eine Betrachtung der vergangenen Jahre bis 2007 zeigt, dass der Operative Saldo des Öfteren und die Freie Finanzspitze und der nachhaltige Cash-Flow häufig im negativen Bereich waren. Hier wird die KPÖ für etwas gerüffelt, das in Graz schon viele Jahre gang und gäbe ist. Es liegt hier also ein strukturelles Problem vor, das sich über Jahre entwickelt hat und es wurde nicht geschafft, in stabilen Perioden mit guten Wirtschaftszahlen, niedrigem Zinsniveau und steigenden Einnahmen eine Konsolidierung der Finanzen vorzunehmen. So wurden fleißig Kredite aufgenommen, aber die Bildung der Rücklagen für die irgendwann anstehenden Tilgungen hat man vernachlässigt. Durch die Gründung der GBG, den Verkauf städtischer Immobilien an diese, welche sie mit Krediten bezahlt hat, für die die Stadt Graz die Haftung übernommen hat, ist es gelungen, die Maastricht-Kriterien zu umgehen, da die Stadt ja plötzlich hohe Erlöse vorweisen konnte und die GBG nicht unter die Maastricht-Kriterien gefallen ist. Dass die Stadt halt dann die Immobilien zurückmieten musste und dadurch steigende laufende Ausgaben hatte, steht auf einem anderen Blatt. 2018 hat die Stadt die Immobilien dann wieder retour-gekauft, was einen sprunghaften Anstieg der Schulden von 521 Mio. auf 1 Mrd. Euro zur Folge hatte. Bleibt die Frage, ob diese ganze Konstruktion inklusive Rückabwicklung tatsächlich die finanziell sinnvollste Lösung für die Stadt war. Was wir an diesem Beispiel sehen können ist, dass es in der Vergangenheit verabsäumt wurde, notwendige Schritte zur Konsolidierung zu unternehmen. Stattdessen wurden Maßnahmen gesetzt, die zwar

kurzfristig Geld in die Kassen gespült haben, von denen man sich allerdings fragen muss, ob diese auf langfristige Perspektive tatsächlich die besten Lösungen für die Stadt waren. Wie uns Beispiele auch aus anderen Kommunen zeigen, waren großflächige Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge auf langfristige Perspektive selten gut für die budgetäre Situation der öffentlichen Hand. Aus dieser Perspektive muss man auch die Überführung der Daseinsvorsorge aus dem Bereich der Stadt Graz in den privaten Unternehmensbereich kritisch betrachten. Wurden früher beispielsweise die Gewinne der Energiesparte der Stadtwerke AG zur Quersubventionierung des defizitären öffentlichen Verkehrs herangezogen, muss dies die Stadt nun über den Verkehrsfinanzierungsvertrag aus ihrem Budget abdecken. Daneben wurden aus unserer Sicht in der Vergangenheit auch teilweise falsche politische Akzente gesetzt. Auffällig in der letzten Periode war auch, dass es schon in Zeiten vor der großen Inflation immer wieder zu teils großen Überschreitungen von Baukosten kam, wie auch der Stadtrechnungshof immer wieder kritisch angemerkt hat. Auch wenn es gewisse Kolleg:innen, ja, ich weiß, hier wahrscheinlich nicht mehr hören wollen, muss ich doch auf geplante Prestigeprojekte der Vorgängerregierung, wir kennen sie eh alle, Olympische Spiele, Plabutschgondel hinweisen. Dank des Drucks von unten sind diese Projekte dann nicht durchgeführt worden, allerdings gab es auch Kosten für Planungen, Inserate usw., die uns jetzt auch fehlen. Zu diesem Problem gesellen sich jetzt noch steigende Preise im Energie- und Bausektor sowie steigende Zinsen. „Die Finanzsorgen der steirischen Landeshauptstadt dürften weniger Sonderfall sein als Symptom für ein weit verbreitetes Phänomen.“ Dieses Zitat aus dem Standard zeigt auf, dass nicht nur Graz, sondern auch andere Städte und Gemeinden vor großen budgetären Herausforderungen stehen, weshalb auch der Städtebund mehr finanzielle Hilfe vom Bund fordert. Die Kommunen haben in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, ohne dass die finanzielle Abgeltung damit Schritt gehalten hätte. Hier bräuchte es eine generelle Erhöhung des Finanzausgleiches, zumal die Stadt Graz ohnehin benachteiligt ist. Die kürzlich angekündigte Gemeindemilliarde kann nur als Tropfen auf dem heißen Stein bezeichnet werden. Zwar ist es erfreulich, dass es bei Investitionen einen Zuschuss vom Bund geben soll. Dies trifft allerdings

nicht den Kern des Problems, dass nämlich Geld im laufenden Cashflow fehlt und die laufenden Ausgaben nicht mehr durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Es bräuchte also auch einen Energiekostenzuschuss für die Gemeinden. Von der ÖVP wurde in Bezug auf die Budgetproblematik wieder einmal ein altes Klischee bedient: Die Kommunisten können nicht wirtschaften. Aber noch einmal möchte ich hier betonen, dass nicht die Koalition in einem Jahr das Budget in Schieflage gebracht hat, sondern um es mit der Tageszeitung Die Presse zu sagen: „Die kommunistisch-grün-sozialdemokratische Koalition übernahm einen Schuldenstand von rund eineinhalb Milliarden Euro von der schwarz-blauen Vorgängerregierung.“ Und gerade in dieser Krisensituation sind die Leute froh, dass die Kommunist:innen und ihre Koalitionspartner jetzt die Verantwortung tragen, wie ich und auch meine Kolleg:innen aus Gesprächen vielen Menschen wissen. Wir lassen die Menschen auch in dieser schwierigen Lage nicht im Stich. Natürlich kommen wir nicht umhin, Konsolidierungen vorzunehmen, um die finanzielle Entwicklung der Stadt wieder auf einen guten Pfad zu führen, um fehlerhafte Entwicklungen der letzten Jahre zu korrigieren. Aber die notwendigen Aufgaben werden wir auch weiterhin ausführen. Dazu zählen für uns auch eine gewisse soziale Absicherung, gerade in diesen für alle schwierigen Zeiten, ebenso wie Maßnahmen für den Klimaschutz und die Aufrechterhaltung der wichtigen öffentlichen Daseinsvorsorge. Das sind die Dinge, auf die wir uns konzentrieren. Von den Stadträten Riegler und Hohensinner freilich gäbe es da Wünsche in ganz anderen Sphären. So forderte der Kulturstadtrat zwei neue Museen für Graz, und hätten wir allen dringlichen Anträgen des Kollegen Pointner, der auch in den letzten Tagen heftig das Budget kritisiert hat, zugestimmt und würden wir diese zur Umsetzung bringen wollen, würden die Schulden weiter in die Höhe schnellen. Mein Dank gilt jetzt noch der Finanzdirektion und dem interimistischen Finanzdirektor, denn ich habe vollstes Vertrauen, dass uns die Finanzdirektion hier in den nächsten Monaten einen fachlich versierten Rahmen zur Verfügung stellen wird, aufgrund dessen wir die nötigen Maßnahmen setzen werden. Vielen Dank (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, werte Verwaltung. Zunächst eine kleine Richtigstellung, in dringlichen Anträgen darf man gar keine finanzwirksamen Forderungen stellen. Also ich habe dieses Tool gar nicht, aber nur so viel als kleine Präambel zu der Einlassung von der Kollegin. Seitdem der Stadtrechnungshof sein warnendes Schreiben ausgesendet hat, haben wir als Neos diesen Sondergemeinderat sehr vehement gefordert und dieser Forderung haben sich dankenswerterweise fast alle in diesem Hause angeschlossen, und das unterstreicht die Dringlichkeit des Anliegens. Aber warum haben wir diesen Sondergemeinderat gefordert? Wir wollten ihn haben, damit wir auf Basis von Zahlen und Fakten über die Zukunft, über die finanzielle Zukunft von Graz diskutieren können. Und jetzt nach all diesen Redebeiträgen haben wir das weiterhin nicht, wir können weiterhin hier nicht über eine valide Mittelfristplanung diskutieren, und der neue Finanzdirektor hat mich nicht gelangweilt mit seinen Worten. Er hat zwar gesagt, er möchte uns nicht weiter mit technischen Details langweilen, ich sage dagegen, bitte langweilen Sie uns mehr, denn es ist informativ und wollen über Fakten hier diskutieren, wir wollen informiert werden als Gemeinderät:innen, denn die Ereignisse der letzten Monate haben ja ganz klar gezeigt, dass mangels Fakten und Taten die Kontrolle über das Budget endgültig verloren gegangen ist. Und es ist ja eigentlich viel trauriger, die derzeitige Koalition hat die Kontrolle über das Budget eigentlich nie gehabt, denn, wie wir alle wissen, das Juni-Budget, und das ist hier schon angesprochen worden, war statutenwidrig, sonst wären wir heute nicht hier. Und das wirft eben die Fragen auf (*Appl. ÖVP*), wo finden wir als Gemeinderät:innen, aber noch viel mehr, wo und wann werden die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit belastbaren Zahlen endlich konfrontiert? Denn eines muss man schon sagen, die Finanzdirektion und das Finanzressort soll ja keine Burg sein, die intransparent hier so dasteht wie eine Trutzborg, wo man das Burgfräulein Budget schützen muss. Umgekehrt, der Bürger ist immer transparent, der ist gläsern, aber seien wir doch gläsern, seien wir doch transparent. Wenn uns die Bürger:innen wieder trauen sollen, dann müssen wir Transparenz leben in der

Verwaltung wie im Gemeinderat. Hier wird aber immer noch gewartet. Wir wollen unsere Daten haben. Und das, was wir heute gehört haben, muss ich leider sagen, vom neuen Finanzdirektor, das ist ja nicht sehr vertrauenerweckend. Ich habe genau zugehört über endfällige Darlehen in erschreckender Höhe, für die erschreckenderweise über Jahre keine Vorsorge getroffen wurde und so weiter und so fort. Wir sollen als Gemeinderat in den nächsten Monaten investive Vorhaben absegnen, und das ist auch notwendig so. Wir wollen ja Graz nicht stillstehen lassen. Aber auf welcher Grundlage? Wir haben nach wie vor keine valide Mittelfristplanung, kein gesetzeskonformes Budget und wir sollen jetzt drei Gemeinderäte lang abstimmen. Das ist doch mit unserem Verantwortungsbewusstsein als Gemeinderät:innen nicht vereinbar, deshalb schade, dass dieser heutige Tag verstreicht, der uns darüber keine wirkliche Basis bieten wird. Denn, ich rufe es uns allen noch einmal ins Gedächtnis, das mache ich ja eigentlich schon seit Wochen und Monaten hier, wir haben ein Statut und da steht in § 45, dass wir als Gemeinderat das oberste beschließende und überwachende Organ sind. Was sollen wir denn überwachen, was sollen wir denn beschließen, wenn wir nichts wissen (*Appl. ÖVP*)? Da macht sich bei mir absolut die Verzweiflung breit. Wir sind quasi der Aufsichtsrat der Stadt Graz, das Sprachrohr, die Aufsichtsräte der Bürger, der Eigentümer der Stadt Graz, und wir dienen so nicht, wie wir es tun sollten, denn unsere Aufgabe ist, auch in Zukunft eine stabile und qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge zu leisten, und dafür müssen wir investieren, und das geht nur auf einer Basis, dass wir das auch verantworten können. Und da haben wir halt jetzt, und diesen Vorwurf muss ich schon machen, ein ganzes Jahr verschwendet. Sie haben auch von uns das Vertrauen gefordert, ja, wir machen einen Kassasturz, dafür machen wir ein valides Doppelbudget 2022/23, gebt uns die Zeit, dann trägt das. Wir haben die Zeit gegeben und es trägt nicht. Und wir sind wieder da, und jetzt sollen wir weiter Vertrauen haben, an den Finanzdirektor gerne, aber an den Finanzstadtrat, dass es jetzt besser wird; ich hoffe es, ich habe Hoffnung, aber Vertrauen habe ich nicht wirklich. Aber wir werden sehen. Wir werden sehen und wir werden das ganz genau beobachten. Ende März ist der Showdown, denn ich möchte nicht weiter das Vertrauen von unseren

Bürger:innen verlieren. Heute die SORA-Umfrage, Vertrauen in unser politisches System, nur noch 34 % der Bürger:innen; wir dürfen uns nicht mehr, lassen Sie mich es salopp ausdrücken, blöd stellen, dazu ist die Zeit vorbei. Wir müssen jetzt als Gemeinderät:innen Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit leben in unserem Abstimmungsverhalten. Die Stadtregierung hat uns die Basis dazu zu liefern mit verlässlichen Zahlen und guten Projekten, dass wir nicht als Koalition abstimmen, sondern als Gemeinderäte, ich möchte keine Koalitionsmehrheiten, die nicht gut begründet sind, ich möchte Gemeinderatsmehrheiten. Wir sind in der Kommunalpolitik, und in der Kommunalpolitik sollte eigentlich die Parteipolitik am Fernsten liegen (*Gelächter im Saal*).

Noch ein paar Punkte, 3,2 Mrd. Euro 2027, vielleicht sind es nur 2,8, die Schulden explodieren halt leider. Und wir erwerben von dieser Koalition den Schuldenrucksack aller vorgehenden Koalitionen, wo Sie alle drinnen waren. Alle Parteien der Stadtregierung und die SPÖ haben irgendwann in den letzten Jahren ein Budget beschlossen, das uns dahin geführt hat, wo wir jetzt sind. Wir waren nicht dabei, wir hoffen, dass, wenn wir einmal in der Regierung sind, dass wir es besser machen werden und ich garantiere, dass das dann besser wird. Den Schuldenkurs, den wir jetzt einschlagen, den werden wir als Neos nicht mittragen. Ich hoffe, dass Sie aufhören mit dem Schwarzer-Peter-Spiel zwischen den Fraktionen, denn Sie waren alle dabei, und jetzt soll die bestehende Koalition Verantwortung übernehmen, die Stadtregierung arbeiten und uns bis März zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind (*Appl. ÖVP*). Ich erinnere mich auch noch an die Ansage der jetzigen Koalition, dass man in die Holding hineinschauen wird und dort aufräumen wird, und das ist sehr, sehr wichtig. Bis jetzt ist aber nichts passiert.

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Aufräumen tut man daheim.

GR Mag. **Pointner**:

Es ist bis jetzt nichts passiert, es ist ein bisschen schlimmer sogar, weil die Stadtregierung nimmt nach wie vor ihre Steuerungsfunktion nicht wahr, denn Bosse steuern die Holding nicht von innen, sondern die Stadtregierung, die Ressortchefs sind die eigentlichen, das sind die eigentlichen Steuernden der Holding. Und hier sollten wir endlich auch für ein funktionierendes Beteiligungscontrolling sorgen.

Wir brauchen in der Holding Transparenz, damit wir steuern können, das ist ein sehr wichtiger Punkt. Und spätestens seit dem Stadtrechnungshofbericht Zustand Haus Graz, den wir gerade im Kontrollausschuss diskutieren, sollte allen klar sein, allen Gemeinderät:innen, dass es um die Holding und das Haus Graz, die Beteiligungen nicht sehr rosig bestellt ist. Das sieht man auch schon im Rechnungsabschluss 2021, das wurde ja schon erwähnt. Und wenn ich jetzt, nämlich gestern in der Zeitung, es war im Grazer, lese, dass in der Holding eine wichtige Aufsichtsratssitzung über Nacht abgesagt wurde, dann ist das ein sehr, sehr schlechtes Zeichen, denn was bedeutet das?

Nichts anderes, als dass wir noch immer in der Holding keine tragfähige Wirtschaftsplanung für 2023 haben, und das sollte eine gewaltige Sorge für den Gemeinderat sein, denn wir, die Stadt, ist ja Eigentümer, die Bürgerinnen und Bürger sind Eigentümer der Holding, und wir sind, wie gesagt, das überwachende Organ, also der Gemeinderat sollte die Holding überwachen. Wir haben aber kein Controlling, wir haben keine geeigneten Einsichtsmittel, was da eigentlich so alles abgeht. Deshalb, lieber Herr Beteiligungsstadtrat, beauftragen Sie doch die Aufsichtsrät:innen der Beteiligungsunternehmen, endlich für Aufklärung zu sorgen und Sanierungsschritte einzuleiten. Und, liebe Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, evaluieren Sie doch endlich einmal die Geschäftseinteilung im Magistrat. Welche Aufgaben werden wir uns überhaupt noch leisten können?

Wie viele Nachtschattengewächse und Orchideen blühen im Verborgenen, die wir nicht unbedingt brauchen? Und abschließend komme ich noch ganz kurz zu der fatalen Sache des scheidenden Finanzdirektors zurück, es ist leider jetzt ganz deutlich passiert, dass die alte Politik des Postenschachers und auch der Freunderlwirtschaft einfach

fortgeführt wird. Wie?

Das ist vorhin angesprochen worden, es ist eine Person in einen Top-Job gekommen ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Sie haben eineinhalb Minuten überschritten. Bitte zum Ende kommen.

GR Mag. **Pointner:**

... Ja, bin sofort fertig. Dieser Top-Job Finanzdirektor wurde nicht zur Zufriedenheit ausgeübt, der Herr ist zurückgetreten und wird jetzt in ein unbefristetes Dienstverhältnis überführt. Das ist nicht in Ordnung und ich bitte hier, noch einmal alle Möglichkeiten zu überprüfen, wie man aus diesem Vertrag wieder herauskommt. Zum Schluss, ich wünsche mir bitte in Zukunft eine ehrliche, vertrauensvolle Debatte im Gemeinderat aufgrund belastbarer Budgetdaten, denn nur aufgrund von belastbaren Budgetdaten wird die Stadt das Ganze noch selbstständig in der Hand haben, selbstständig über ihre eigene Zukunft entscheiden zu dürfen, sonst kommt der Kommissär. Das wäre fünf nach zwölf, fünf vor zwölf haben wir versäumt und es ist jetzt zwölf. Dankeschön (*Appl.*).

GR Dr. **Hackenberger:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, geschätzte Verwaltung. Es ist nicht zwölf, es ist 17.51 Uhr, und ich glaube, die vorige Aussage ist schlicht überzogen (*Appl.*).

Der Anstoß für den heutigen Sondergemeinderat ist durch den Rechnungshof erfolgt. Ich habe mir die Homepage kürzlich angesehen, da können Sie ganz am Anfang zwei Statements sehen, die ich sehr interessant und hilfreich gefunden habe, was die Aufgabe ist. Zum einen die Förderung der Wirksamkeit der öffentlichen Verwaltung, also richtige Dinge tun, und zum Zweiten die Förderung der Wirtschaftlichkeit der

öffentlichen Verwaltung, also bedeutend, Dinge richtig tun. Richtige Dinge tun und Dinge richtig tun ist also der Maßstab, mit dem der Rechnungshof an das heute zur Debatte stehende Anliegen herangeht. Und wenn jetzt Herr Mag. Müller als langjähriger Experte im Stadtrechnungshof die Geschicke der Finanzdirektion leiten wird, dann haben wir einen Fachmann an Bord, der wirtschaftliche Angelegenheiten der Stadt bisher aus der vorhin erwähnten Perspektive betrachtet hat und zweifellos ein profunder Kenner der von ihm nun zu betreuenden Strukturen ist. Ich glaube, wir alle können uns über diese neue Konstellation außerordentlich freuen, auch wenn wir möglicherweise damit rechnen müssen, dass dem einen oder anderen Wunsch der Politik energischer und entschiedener entgegengetreten wird. Dass Graz, wie man aus manchen Medienberichten schließen könnte, wirtschaftlich am Ende ist, trifft nicht zu, das haben wir heute mehrfach gehört. Wir werden Graz also keinesfalls zusperren, wie man schon mancherorts geunkt hat, sondern wir werden auch in Zukunft all jene Dienstleistungen für die Bürger dieser Stadt erbringen, die sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben und natürlich darüber hinaus weitere notwendige und sinnvolle. Sehr wohl aber wird die Stadtregierung alle Hände voll zu tun haben, die laufende Finanzierung dieser Aufgaben, die derzeit im Ungleichgewicht ist, für die Zukunft sicherzustellen, ohne dabei die für die Weiterentwicklung der Stadt unerlässlichen Investitionen insbesondere zur Bewältigung der Verkehrs- und Klimawende aus den Augen zu verlieren. Eine wesentliche Ursache für die derzeitige Situation, in der ja nicht nur wir stecken, sondern die meisten anderen Kommunen in ganz Europa, ist, wie wir alle wissen, die derzeit an allen Ecken und Enden bestehende Krise, die unsere Finanzen schwer in Mitleidenschaft gezogen hat und auch noch in Zukunft ziehen wird. Die aber, das sei auch gesagt, was die faktische Tätigkeit der Stadt betrifft, eigentlich sehr gut gemeistert wurde. In dieser Situation halte ich es absolut nicht für angebracht, es bei der Suche nach den vermeintlich oder tatsächlich Schuldigen bewenden zu lassen bzw. diese in den Vordergrund zu stellen, was heute schon mehrmals vorgekommen ist. Das Eingangsstatement mit den sehr verbindlichen Äußerungen des Herrn Stadtrates Riegler in den Sozialen Medien ist ja leider offensichtlich nicht beim Aussender angekommen, und auch nicht bei der Kollegin

Gmeinbauer. Der Rundumschlag mit der Machete war völlig unnötig aus meiner Sicht, und das Märchen, dass die derzeitige Lage von den Akteuren der letzten Monate verursacht wurde, und zwar alleine verursacht wurde, glaubt Ihnen ja doch nicht wirklich irgendjemand (*Appl.*).

Im Übrigen werde ich mich an Ihrer angezettelten Aktion – haltet den Dieb – nicht beteiligen, sondern ins Zentrum stellen, was in Zukunft zu tun sein wird. Mit einer Ausnahme, die auch Sie, Herr Stadtrat, betrifft, nämlich, dass ich sehr begrüßen würde, wenn Sie uns nicht ständig etwas erklären wollten, wo Sie doch nur Äußerungen Ihrer politischen Meinung und Ausrichtung letztlich darbieten. Eine Erklärung hingegen würde ich gerne von Ihnen darüber hören, weshalb in Ihrer Verantwortung für das Budget im großen Stil, es waren schon 2019 um die 700 Mio. Euro langfristige, endfällige Kredite aufgenommen wurden, ohne dass dafür eine laufende Ansparung vorgesehen worden wäre. Das ist nicht meine Erfindung, sondern das stammt bis 2019 in etwas anderer Form und steht seit 2019 im § 81 des Statutes für die Landeshauptstadt Graz, indem dort von mehrjähriger Ansparung die Rede ist. Eine Ansparung vorzunehmen oder etwas als Ansparung zu bezeichnen, wo man 40 Jahre einen Kredit in Anspruch nimmt in voller Höhe und in den letzten zwei Jahren dann jeweils die Hälfte dieses Kredites zurückzahlen soll, ist ein Scherz, das ist keine Ansparung (*Appl.*).

Zu den bisherigen kritischen Wortmeldungen sei noch Folgendes gesagt: Natürlich ist es legitim, Kritik an budgetären Maßnahmen und Entscheidungen zu üben, und zwar sowohl in sachlicher als auch in politischer Hinsicht, das ist ja völlig klar. Und selbstverständlich kann auch niemand erwarten, dass man politisch Andersdenkende von der Sinnhaftigkeit der eigenen, wenn auch subjektiv guten Absicht überzeugen kann. Wenn wir aber nun vor der Aufgabe stehen, das städtische Budget zukunftsfit zu machen, sodass eine längerfristige Perspektive dafür gegeben ist, dass wir mit den laufenden Einnahmen unseren vielfältigen Aufgaben im Sinne der Bevölkerung nachkommen können, sollten wir gemeinsam handeln, um dieses Ziel zu erreichen und nicht um politisches zu Kleingeld wechseln. Das Grundproblem, vor dem wir stehen und auch viele, viele andere Gemeinden und Städte, ist doch letztlich das, dass wir

immer mehr Aufgaben bekommen, aber nicht in der Lage sind, aus Eigenem für unsere Einnahmen zu sorgen. Wir können die Einnahmen in einem derart minimalen Ausmaß steuern, dass es eigentlich nicht der Rede wert ist und in keinem Verhältnis zu der Aufgabenstellung steht, die wir übernehmen müssen (*Appl.*).

Und es brauchen alle mehr Geld, es brauchen die Kindergärten, die Pflege, die Schulen, das Personal, die städtischen Pensionen, Krankenfürsorge, Gesundheitsvorsorge, Soziales, Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr, alle brauchen mehr Geld. Und sie brauchen momentan wesentlich mehr Geld, weil wir in einer sehr hohen Teuerungsrate leben. Die Sicherstellung all dieser Bedürfnisse kann nicht nur im sogenannten ordentlichen Haushalt erfolgen, sondern erfordert auch erhebliche Investitionen, wenn man beispielsweise an Schulen oder an den öffentlichen Verkehr denkt, dass das nämlich das ordentliche Budget ist, nur die derzeit dringendste Aufgabe. Darüber hinaus sind wir angehalten, für finanzielle Freiräume zu sorgen, die entsprechende Investitionen ermöglichen. Wir werden künftig Investitionen allerdings auf die für die Lebensqualität und das Klima unbedingt notwendigen Maßnahmen einschränken müssen und dabei ein besonderes Augenmerk darauf legen müssen, welche Investitionen letztlich auch wirtschaftlich langfristig eine positive Bilanz hervorbringen. Naturgemäß kann man die Sinnhaftigkeit von Zukunftsinvestitionen nicht zur Gänze daraus ableiten, ob sie kurz- oder mittelfristig wirtschaftlich rentabel sind. So wird etwa der Bau oder die Ausstattung moderner Schulen nicht unmittelbar beobachtbare positive, wirtschaftliche Auswirkungen haben, zumindest sicherlich nicht solche, die sich schon in der nächsten Mittelfristplanung niederschlagen. Dennoch kann kein Mensch daran zweifeln, dass eine gute Ausstattung mit und von Schulen eine sehr hohe Priorität genießen muss. Was Investitionen in eine kluge Verkehrsinfrastruktur und vor allem in Klimaschutzmaßnahmen anbelangt, muss man sich über deren Rentabilität keine Sorgen machen. Das kann man in einer ganzen Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahre mit überraschend positiven wirtschaftlichen Ergebnissen nachlesen. So etwa hat das deutsche Umweltbundesamt in einer 2019 erschienen Studie dramatisch positive, wirtschaftliche Auswirkungen solcher Investitionen festgestellt, und zwar sowohl was den Staatshaushalt als auch

was die Beschäftigungseffekte betrifft. Die Studie belegt mit belastbaren Zahlen, dass sich ambitionierter Klimaschutz, der heimische Institutionen anstößt, aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive lohnt. Und das Wegener Center der Universität Graz, nicht weit von hier, ist in seiner Studie vom Juni 2020 ebenfalls zu einem Ergebnis gekommen, dass derartige Investitionen erhebliche quantitativ bezifferbare Vorteile bringt und enormen Kosten des Nichthandelns gegenübergestellt werden muss. Alle, die nun meinen, diese Konsequenzen dienen nur Gesamt-Österreich und nicht einzelnen Städten wie Graz, seien daran erinnert, dass alleine im heurigen Jahr 586 von 757 Mio. Euro, die unsere Stadt insgesamt an Einnahmen verbuchen konnte, aus den Ertragsanteilen des Bundes und der Kommunalsteuer kommen. Wir sind damit, wie alle anderen Kommunen auch, in einem sehr hohen Ausmaß von gesamtwirtschaftlichem Erfolg und der Aufrechterhaltung möglichst vieler Arbeitsplätze in der Stadt abhängig. Ein gutes Beispiel für eine Investition in den Klimaschutz mit hoher Wertschöpfung ist beispielsweise der Ausbau der Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer und gleichzeitig die Verringerung des motorisierten Individualverkehrs. Das sorgt für Zeitersparnis, Gesundheit durch Bewegung an der frischen Luft, Straßenbau ist wesentlich teurer als Radwegebau und auch die Erhaltung und die Pflege der entsprechenden Infrastruktur ist wesentlich kostengünstiger. Wenn wir den begrenzten öffentlichen Raum betrachten und möglichst wenig Platzverbrauch produzieren und weniger versiegelte Flächen und mehr Grünflächen und Bäume statt Asphalt anstreben, fördern wir ebenfalls die Gesundheit der Menschen durch Senkung der Sommertemperaturen, betreiben aktiven Schutz gegen Überschwemmungen und Überlastung des Abwassersystems und sparen Erhaltungskosten für bauliche Anlagen.

*Zwischenruf GR **Huber**: Können Sie einmal auf die Zeit schauen, bitte?*

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ **Kahr**: Eineinhalb Minuten waren alle drüber, ich wollte gerade aufmerksam machen. Bitte zum Schluss kommen.*

GR Dr. **Hackenberger**:

Ich komme zum Schluss. Es ist mir noch ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass gerade gesundheitliche Aspekte von Klimaschutzmaßnahmen eine ganz große Auswirkung haben und in der Debatte viel zu kurz kommen. Es ist eine Binsenweisheit, dass bessere Gesundheit gewaltige volkswirtschaftliche Kosten vermeidet. Ich darf daher, ich muss meine Rede sozusagen um eine Seite kürzen (*Gelächter im Saal*) ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Noch einmal melden, eine zweite Wortmeldung ist möglich.

GR Dr. **Hackenberger**:

... ich darf Sie bitten und dazu aufrufen, dass wir die uns bevorstehende Aufgabe mit Mithilfe der Expertinnen und Experten möglichst gut gemeinsam lösen. Vielen Dank (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Danke vielmals, als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Stadtrat, und ich darf begrüßen einen ehemaligen Finanzstadtrat, nämlich den Wolfgang Riedler (*Appl.*).

Wenn jetzt noch der Stadtrat Rüschi da wäre, dann wären jetzt seit 2003 alle ehemaligen oder noch Finanzstadträte hier, dann könnten wir das genauer durchleuchten, wie das war in der Vergangenheit (*Gelächter im Saal*).

StR Dr. **Riegler**:

Zur tatsächlichen Berichterstattung, sowohl der Herr Pointner hat in einer gewissen Empörung von einer Erschreckung gesprochen, dass es keine Vorsorge für Endfällige gegeben hätte, und auch der Herr Hackenberger hat das jetzt behauptet. Das ist nicht

der Fall, möchte ich nur sagen. Also ich habe selbstverständlich gemeinsam mit dem Karl Kamper auch im Zuge insbesondere der Neufassung der Haushaltsvorschriften für die Stadt Graz selbstverständlich auch eine entsprechende Vorsorge für Endfällige begonnen anzusparen, möchte aber schon darauf hinweisen, und das wäre mir wirklich wichtig, dass das auch insbesondere auch in den Medien nicht so stehenbleibt, deswegen ist es mir wichtig, dass ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Das kannst du dir nicht aussuchen.

StR Dr. Riegler:

Ich weiß nicht, also das ist ein ganz komischer neuer Stil, dass die Frau Vorsitzende sich ständig lustig macht über Wortmeldungen anderer. Ich weiß nicht, das hat der frühere Bürgermeister nicht gemacht.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

StR Dr. Riegler:

Also es ist so, dass ich darauf hinweisen darf, dass in den letzten Jahren Minuszinsen zu zahlen waren, das heißt, wenn man etwas gespart hat, hat man noch Minuszinsen/Strafzinsen zahlen müssen, und das wäre natürlich ein wirtschaftlicher Unsinn gewesen, hätten wir jetzt in großem Stil Sparbücher für Tilgungsreserven anlegen müssen, wo wir dann noch Strafzinsen hätten zahlen müssen für Tilgungsspitzen, die im Jahr 2028 und Jahr 2036 stattfinden. Also wir haben gute Gründe, dass wir selbstverständlich einmal begonnen haben, Rücklagen zu bilden in der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH, dort gibt es tatsächlich Finanzierungsrücklagen. Ich weiß nicht, ob es sie jetzt noch gibt, ob sie mittlerweile

schon verbraucht wurden, aber zu meiner Zeit hat es sie gegeben und es wäre wirtschaftlich nicht sinnvoll für ein endfälliges Darlehen, das 2036 endfällig wird, jetzt schon in großem Sinne bei Minuszinsen Sparbücher anzulegen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben jetzt schon einiges über Zahlen gehört, wenngleich ja die Zahlen, mit denen wir dann tatsächlich weiter und auch zielführend argumentieren können, auf März verschoben worden sind. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass mit den Zahlen immer Menschen verbunden sind, die sich natürlich dafür interessieren, woher die Schulden kommen, aber die sich vor allem dafür interessieren, wie sich ihr künftiges Leben in Graz gestalten wird. Das Aktuelle und das Künftige, denn es sind Menschen, die hier Bildung erhalten wollen, die hier Schutz suchen, die hier Pflege und andere Dinge brauchen, Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Graz haben. Denen sind wir, und nicht nur ihnen und ihrer Zukunft, sondern auch den nachfolgenden Generationen verpflichtet als Stadt. Einerseits mit der Verwaltung, die selbstverständlich in höchster Qualität sehr professionell und zeitgemäß arbeitet, und wir als Politiker und Politikerinnen haben die Aufgabe, das Gemeinwesen so zu ordnen, dass es gut passt, und das nach den Erfordernissen der Zeit. Das heißt also, Daseinsvorsorge ist eigentlich unsere wichtigste und auch edelste Aufgabe, die wir haben. Die KPÖ hat es sich, glaube ich, immer sozusagen zur Aufgabe gemacht, dafür einzutreten, dass die öffentliche Verantwortung für gewisse Ressourcen und Entscheidungen eben in der öffentlichen Hand, bei der Stadt, beim Land oder beim Bund bleibt, hat sich aber seit der Regierungsübernahme vor ungefähr einem Jahr diesem so wichtigen und vordringlichsten Thema nicht mit der entsprechenden, wie soll man sagen, Leidenschaft und Verve gewidmet, sondern sich eigentlich sehr stark auf die angestauten Kernthemen konzentriert. Leider, und vielleicht auch mit der wohlwollenden oder taktischen Zustimmung der Koalitionspartner:innen, wurden zum Teil eben auch Instrumente für die Teile der Daseinsvorsorge gefährdet. Das Beispiel

der Holding war heute schon einige Male Thema. Dort werden zahlreiche Bedarfe gedeckt, von Müll bis Wasser, von Bestattung bis Grünraum. Hier sind sehr viele Dinge gebündelt, die im Budget im Juni nicht abgebildet wurden, sondern die eben eigentlich, um ein geschöntes Budget vorzulegen, ohne den Verkehrsfinanzierungsvertrag abgebildet worden sind. Es ist bis heute ein ungelöstes Problem, die verschobene Aufsichtsratssitzung ist ein weiteres Indiz dafür, dass man hier eben mit Problemen zu kämpfen hat, es gibt auch einen Brief von der Holding vom 2. November dieses Jahres mit der dringenden Bitte, hier gegenzusteuern. Weil, und das ist für die nächsten Jahre bereits jetzt mehrmals genannt worden, hier tatsächlich große Beträge als Schulden oder als Problem auftauchen werden. Es werden zumindest mehr als 100 Mio. Euro sein. Ich darf zur Kollegin Katzensteiner auch noch ganz kurz sagen, weil ein bereits einmal eingetretener Fall benannt wurde, da gab es allerdings einen Gesellschafterzuschuss in Höhe von rund 100 Mio. Euro, auch Corona-bedingt für das Jahr 2021. Also der genaue Vergleich gilt leider Gottes nicht. Die Opposition hat auf dieses Problem mehrfach hingewiesen, dass damit eben auch eine gewisse Form der Daseinsvorsorge gefährdet wird. Die KPÖ hat leider laufend beschwichtigt und keine Schritte gesetzt. Und die drohenden Gefahren wie Abwertungen, Rating-Nachteile und auch die Verunsicherung der Grazer Bevölkerung ist zu benennen, und sie zu kalmieren, war offensichtlich nicht die dringendste Aufgabe. Aktuell gibt es nur ein Budget für das Jahr 2022, und ich habe bereits vor einigen Monaten gesagt, dass der Budgetbeschluss hier im Gemeinderat nicht mit den Beschlüssen im Aufsichtsrat, nämlich dem dortigen Wirtschaftsplan zuzustimmen, in irgendeiner Form korreliert hat, das waren tatsächlich höchst situationselastische Entscheidungen von Menschen, die hier Verantwortung tragen und auch dort. Das habe ich damals schon als skandalös bezeichnet und ich möchte das hier noch einmal mit aller Schärfe verurteilen. Stattdessen hat man sich leider Gottes bei vielen Dingen auch auf die Nebenschauplätze verlegt. Wir haben einiges darüber gehört, eine Folge z.B., dass die Holding ein Werbeverbot in Bezirkszeitungen durchzuführen hat, etwas, was durchaus Konkurrenzunternehmen stärkt, aber nicht unbedingt das eigene Unternehmen. Wir haben davon gehört, dass wir eher von einer fehlenden

Taktverdichtung und einer Taktausdünnung der Ratslinien an den Tagesrändern eine gewisse Lösung irgendwie zu erwarten hätten; das sind leider eben, wie gesagt, Nebenschauplätze. Fragen, die aus meiner Sicht viel wichtiger wären, sind: Wann wäre die Bevölkerung über all diese Dinge zu informieren gewesen? Wie lange kommt die KPÖ mit diesen Beruhigungserklärungen noch durch? Und geht es auch irgendwann einmal um die Koalitionspartner, die ja in dem letzten Jahr sehr viele Dinge durchgetragen haben, einerseits auch mitgetragen haben? Die Umstände, was jetzt den Ukraine-Krieg, die Reisen von KPÖ-Abgeordneten in den Donbas betrifft, genauso wie gewisse Ausweitungen bei Sozialleistungen, wo es eben um die Frage geht, ob diese Dinge bedeckt sind. Die Pardonierung der Grünen oder auch der SPÖ ist in diesem Fall, aus meiner Sicht, nicht zu entschuldigen und bitte auch nicht zu belächeln, weil das ist ein Thema, das seit vielen Monaten offen ist. Ich glaube auch, dass die Grünen bei gewissen Programmen sich überlegen müssen, wie sie diese Dinge auch tatsächlich umsetzen können. Wir haben im Moment den Bischofplatz, wir haben im Moment einen sehr kurzen Rad-Highway, wir haben noch viele Projekte dabei, die groß angekündigt worden sind und wo einfach die Frage ist, und diese Frage ist nicht nur legitim, sondern ganz wichtig, wie werden wir die Ankündigungen auch in tatsächlichen Projekten umsetzen? Ich möchte in diesem Fall noch einmal ganz kurz auf die Holding zurückkommen, weil aus meiner Sicht nicht nur wichtig ist, dass man die Dinge bis zu einem gewissen Grad beschließt, sondern dass man sie auch langfristig umsetzen kann. Wir haben vor einiger Zeit die Ausweitung der SozialCard-Bezieher beschlossen, durchaus ein gutes Unterfangen. Die Frage, was das für die Holding bedeutet im Zusammenhang jetzt auch mit dem Verkehrsfinanzierungsvertrag, der aussteht und den anstehenden Schulden und dadurch auch Verschlechterungen für die Holding bedeutet das eine jährliche Mehrbelastung von mehreren Millionen. Das muss man bitte bei diesen Dingen dazusagen, weil gerade die Menschen, die Anspruch haben auf Sozialleistung und sie auch brauchen, das möchte ich dringend betonen, müssen auch damit rechnen können, dass das keine Einmalaktivitäten sind, sondern langfristige Absicherungen von Existenzen. Der Vollständigkeit halber möchte ich noch sagen, dass man natürlich über die Gesamtsituation diskutieren kann. Wir wissen, der

Schuldenstand kommt nicht von ungefähr, ich möchte trotzdem darauf hinweisen, auch hier vielleicht noch ganz kurz zur Wortmeldung von der Kollegin Katzensteiner im Zusammenhang mit der GBG, es gibt auch ein Vermögen, das die Stadt Graz sich dadurch entsprechend bereitgestellt hat, das im Moment ungefähr 5 Mrd. Euro beträgt. Also durchaus nicht zu verachten und durchaus eine Sicherstellung für die Stadt. Und diese Schulden oder der bisherige Schuldenberg, von dem jetzt die Rede war, hat einerseits natürlich damit zu tun, dass sehr vieles auch investiert werden muss, auf der anderen Seite haben wir auch im letzten Jahr Schulen eröffnet, Straßenbahnlinien eröffnet, wo die Investitionen in den vorherigen Perioden bereits gestartet oder durchgesetzt wurden. Also das alles muss man in einen gewissen Zusammenhang setzen und es muss auch klar sein, dass wir hier mit einer Schuldzuweisung in eine oder andere Richtung nicht weiterkommen. Ich möchte am Schluss noch ganz gerne sagen, dass das, was tatsächlich im Moment fehlt, eine langfristige Strategie ist. Das bringt mich zu meinem Anfang zurück, die Menschen müssen sich erwarten können, dass ihr Wohnraum, ihre Ausbildung, ihr Arbeitsplatz, ihr Privatleben, ihr Freizeitvergnügen, auch ein bildungskultureller Aufenthalt in dieser Stadt langfristig umgesetzt werden können und dafür braucht es auch eine finanziell bedeckte Strategie und das vermisste ich. Belastungen, wie es sie jetzt gibt, die sind schwierig und schwer, aber es hat immer wieder Belastungen gegeben. Und die KPÖ ist gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern und Koalitionspartnerinnen vor ungefähr einem Jahr angetreten, diese Verantwortung zu übernehmen und das bedeutet im Moment die Gesamtverantwortung, das ist etwas anderes als eine Ressortverantwortung. Diesen Unterschied muss man bitte zur Kenntnis nehmen und auch entsprechend agieren, damit einerseits die Daseinsvorsorge für ein gutes Leben all der Menschen in Graz gewährleistet sein kann, und zwar langfristig, und damit auch andererseits keine Spaltung in einer ohnehin vulnerablen Phase in unserer gesellschaftlichen Entwicklung durch sehr parteipolitische und einseitige Interessen vorangetrieben wird. Hier muss das Wohl der Grazer und Grazerinnen über einer ideologischen Ausrichtung stehen, das ist wichtig. Es muss um alle Grazerinnen und Grazer gehen. Dieser Eindruck entsteht im Moment nicht. Und eine strategische

Ausrichtung fehlt aus meiner Sicht auch, die man auch den Menschen, die das verdient haben, entsprechend klarmachen kann. Ich möchte mit einem Zitat schließen, von dem ich befürchte, dass die KPÖ sich dem in ihrer Herangehensweise im Moment etwas angenähert hat: „Wer ein Programm für die Zukunft verfasst, ist ein Reaktionär.“ Das ist ein Zitat von Karl Marx und es ist leider falsch. Wir brauchen ganz dringend eine Strategie und verbindliche Pläne, auch weil wir hier als Gemeinderätinnen und -räte erstens einmal entsprechende Entscheidungen zu treffen haben, Investitionen beschließen müssen und auch dafür haften. Danke (*Appl.*).

KO GR Ehmann:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und auch im Stadtsenat, werte Zuseher auf der Tribüne und im Livestream. Wie beginne ich am besten? Ich rede dann, wenn es etwas zu sagen gibt, das sollte sich vielleicht der Kollege Pascuttini, der jetzt gerade nicht da ist, hinter die ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Der ist entschuldigt von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr.

KO GR Ehmann:

Aha, Pressekonferenz oder was, ok, wurscht. Hier passiert es, wie gesagt, ich rede dann, wenn es etwas zu sagen gibt. Ich glaube, es besteht ja schon lange der Punkt eines strukturellen Problems, das Defizit in der Stadt Graz und nämlich auch im laufenden Haushalt. Wie komme ich dazu? Durch den Stadtrechnungshof, dankenswerterweise, der in seiner Expertise hier vielfach schon darauf hingewiesen hat. Und ich habe zufällig ein Zitat der Kleinen Zeitung aus dem Jahr 2016 gefunden, das ich jetzt auszugsweise in Stichworten, nur mit wenigen Kritikpunkten des Stadtrechnungshofes aus dem Dezember 2015 beschlossenen Prüfbericht“ Mittelfristige Finanzplanung – Haus Graz 2016 bis 2020“, bringen darf: „Große

finanzielle Brocken der Grazer Zukunftsgestaltung sind nicht oder unzureichend abgebildet.“ „Geldflüsse an die Stadt über kreative Gewinnausschüttungen von Holding & Co.“ „Kein Spielraum für Investitionen. Schulden“ „Überschüsse nur aus Einmaleffekten geschafft.“ Zitat Kleine Zeitung: „Die Stadt bekannte schon beim Budgetbeschluss 2015, dass schwierige Zeiten bevorstehen, bei Budgetzielen ohne Land und Bund gar nicht erreichbar, genauso wie bei Investitionen, ab 2019 ohne strukturelle Maßnahmen nicht einmal teilweise aus laufenden Einnahme gedeckt.“ So weit, so schlecht. Ihr kennt wahrscheinlich alle den Professor Biwald, der hat etwas Interessantes gesagt, nämlich, dass spätestens alle fünf Jahre, also mit jeder Periode beginnend, wenn man so will, eine Aufgabenkritik in Angriff genommen werden soll. Es hat eigentlich nur einen hier im Saal gegeben, deswegen bin ich sehr dankbar, dass er heute hier da ist, der diese Aufgabenkritik in Angriff genommen hat, und das war der damalige Finanzstadtrat Wolfgang Riedler, der 2004 diese Aufgabenkritik aufgenommen hat und erstmals durchgeführt hat. Die zweite Chance hätte es gegeben im Jahr 2010 bei der Haus-Graz-Gründung, aber ist es offensichtlich mehr um steuerliche Vorteile und andere Dinge gegangen als um die Aufgabenkritik, die damals auch nicht in ausreichender Form ernst- und wahrgenommen wurde. Das war die zweite Chance, die verpasst wurde. Und wie gesagt, ich glaube, dass in dieser Aufgabenkritik damals schon seinerzeit man damals schon mutig sein hätte müssen und vieles hier bereits angehen hätte müssen, was wir jetzt alle gemeinsam leidtragend nachholen werden müssen. Es geht hier nicht nur noch um den Konjunktiv des Könnens, sondern um das Müssen und Sollen. Natürlich gab es auch Investitionen bei den Vorgängerinnen und Vorgängern, die sinnvoll waren, wie Schulen usw., natürlich ist das sinnvoll. Aber man darf trotzdem nicht vergessen, die Pro-Kopf-Verschuldung ist exponentiell gestiegen, nämlich von 2017 bis 2022, oder bis heute, über 1.200 Euro pro Kopf zusätzlich zu jenen Pro-Kopf-Schulden, die schon Bestand gehabt haben. Dann kam natürlich die geopolitische Situation dazu, darf man nicht vergessen, die Inflationssteigerung, die Teuerung etc. Und dass die Situation nicht einfach ist, das hat niemand behauptet, und dass wir uns hier gemeinsam einer Riesen-Herkules-Aufgabe zu stellen haben, nämlich dem, was aus der Vergangenheit quasi

übergeblieben ist und jenen Herausforderungen, die uns jetzt aktiv begleiten und in der Zukunft auch da sein werden. Zur Holding möchte ich etwas sagen. Vielleicht ist es den Kolleginnen und Kollegen, nämlich Kollege Pointner und auch Kollegin Unger, noch nicht aufgefallen, aber wir haben in dieser Periode erstmals wieder die Möglichkeit, dass Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte auch der Oppositionsparteien sich im Aufsichtsrat befinden. Vielleicht erzählen die euch nichts, das kann auch sein, das will ich jetzt gar nicht hier unterstellen, aber es ist möglich, dort besteht die Verschwiegenheitspflicht, das stimmt, aber wenn ich der Entsender bin, gibt es da eine Möglichkeit, glaube ich, dass man die Verschwiegenheitspflicht hier umgeht, indem man den Entsender oder dem, der einen entsendet hat, das berichtet. Das wäre im Gemeinderat hier. Ich glaube, es wäre deshalb wichtig, das zu wissen, weil es war ein bisschen anders, weil es ist darum gegangen um den Wirtschaftsplan 2022/2023, der für 2022 beschlossen wurde und für 2023 noch nicht, ja, genau, weil der Verkehrsfinanzierungsvertrag ein Thema ist, auch zu Recht, wie ich meine. Die Kollegen, CEO, also Vorstandsmitglieder sitzen hier, wissen da um die Diskussion und sind auch laufend in Gesprächen mit der Stadt, die, glaube ich, sehr gut verlaufen und sehr konstruktiv auch mit dem neuen Finanzdirektor Kollegen Müller, wo ich guter Hoffnung bin, dass es hier ein gutes Ergebnis für die Zukunft geben wird. Aber deshalb ist der Wirtschaftsplan 2023 noch nicht beschlossen worden und nicht, weil hier anders agiert wird als dort. Also solche abenteuerlichen Zusammenhänge kann ich hier nicht erkennen. Zum Kollegen Riegler, er hat gesagt, damals hat es einen Großmutterzuschuss gegeben. Ja, das stimmt. Aber der Großmutterzuschuss war doch in einem investiven Bereich und war keine Gewinnausschüttung bzw. keine Ausschüttung im Sinne einer Verstärkung des Eigenkapitals. Also daher bin ich mir nicht sicher, ob das ganz so gültig ist. Es hat etwas gegeben, das stimmt, aber ob das in dieser Form ganz so gilt, bin ich mir hier nicht so sicher. Abgesehen davon haben wir in der Holding ja mittlerweile Objektivierungsrichtlinien, die wir auf den Weg bringen, wir haben die Entgeltfortzahlungsmodelle im Vorstand, in den Geschäftsführungen geändert, ich glaube, das ist auch etwas, was vorher noch niemand angegangen ist. Also es ist einiges passiert. Dem Kollegen Pointner empfehle ich, auch einmal mit seinem

Kollegen von dort zu sprechen. Zum Kollegen Riegler, der gemeint hat, alles ist gestrichen worden: Also, liebe Leute, die Streicher befinden sich hoffentlich im Orchestergraben oder vereinzelt auf Parteitag, aber nicht hier. Also wir sehen uns sehr genau an, wo es wirklich Bedarf gibt, wie die Stadt sich hier weiterentwickeln kann. Und da muss ich ganz ehrlich sagen, das halte ich für eine gute Strategie, die der Kollege Müller hier heute dargebracht hat, weil es eine Zukunftsstrategie ist. Der fehlende Strategiebericht, den der Kollege Pointner das eine oder andere Mal angesprochen hat, ist heute mündlich vorgetragen in Wahrheit, wenn man genau aufgepasst hat, weil da ging es doch darum, den Beamtenvorschlag, sozusagen einen Fachvorschlag zu erstellen, eine ordentliche politische Diskussion darüber zu führen und dann in der weiteren Folge in die Umsetzung zu gehen, und das jetzt letztendlich bis 2023. Und wenn das kein klarer Weg ist und kein klares Ziel, dann ist ein Mineralwasser ein trübes Wasser offensichtlich. Weil mir ist das schon klar, was damit erreicht werden soll und ich glaube, man darf sich nicht so fürchten, wie viele Kolleginnen und Kollegen hier, sondern man muss das jetzt angehen mit Herzblut, Hirn und Verstand, und ich glaube, es geht in die richtige Richtung, es geht in die richtige Zukunft, was diese Fragen betrifft. Und in diesem Sinne hoffe ich natürlich auf alle konstruktiven Kräfte, das ist angesprochen worden, dass wir alle zusammenhelfen sollen. Ja natürlich, das macht auch Sinn, es geht auch nur gemeinsam. So ist das auch im Familienverband, wenn hier der eine oder andere gegeneinander arbeitet, dann wird es auch nicht funktionieren. Und deshalb der Appell hier noch einmal an dieser Stelle, packen wir es an, gehen wir es an, halten wir zusammen, dann wird es funktionieren. Und parteipolitisches Kalkül, wie wir schon gehört haben, gehört hier nicht her, weil sonst würde ich ja heute auch das Zitat Edlinger bringen, der gesagt hat: „Bevor ich die Finanzen der ÖVP gebe, lasse ich lieber meinen Hund auf eine Wurst aufpassen.“ Also, das sage ich auch nicht (*Appl.*).

Daher hat das hier keinen Platz, und daher geht es um eine gute und konstruktive Zusammenarbeit, in diesem Sinne alles Gute (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher von zuhause via Livestream. Eine Sondersitzung wie diese hat immer zwei Stoßrichtungen, zum einen, dass man ein politisches Problem beleuchtet, zum anderen, dass man Lösungsvorschläge einbringt, diskutiert und im besten Fall auch in die Umsetzung schickt. Was haben wir heute in dieser Sitzung, die jetzt schon einige Stunden dauert, alles gehört? Wir haben gehört mehrfach, dass dieses Doppelbudget 2022/2023 nach nur fünf Monaten gescheitert ist, wir haben gehört, dass diese Misere bereits in der Budgetentstehungsphase seinen Lauf genommen hat, schon damals haben wir kritisiert, dass man in wirtschaftlich unsicheren Zeiten kein Doppelbudget vorlegen sollte. Schon damals, und das ist heute auch öfters gefallen, war es ein intransparenter Budgetprozess ohne klare Vorgaben, bitte, nichts für ungut, mit nichts aussagenden Budgetterminen. Alle, die mit dabei waren, können wirklich ein Lied davon singen, ohne echte Verhandlungen, und dann einen willkürlich festgelegten Budgetansatz, der sich jetzt für 2023 als völlig falsch erwiesen hat, das haben wir heute auch schon öfters hier gehört. Wir haben auch sehr oft gewarnt als ÖVP, schon vor der Budgetgemeinderatssitzung, bei der Budgetgemeinderatssitzung, auch danach. Vor allem Günter Riegler hat als ausgewiesener Experte hier gewarnt, hat sich kritisch eingebracht und diese ganzen Warnungen sind vom Tisch gewischt worden, es ist sogar gefallen, der macht sich wichtig, weil er hat die Wahniederlage noch nicht verdaut. Und jetzt möchte ich wirklich in aller Deutlichkeit sagen, alle Kritikpunkte, alle Versäumnisse, die Günter Riegler aufgezeigt hat, haben sich bewahrheitet (*Appl.*). Wir haben vor den Auswirkungen dieses Budgets auf die Holding, auf die anderen Beteiligungen gewarnt, es wurde leider auch nicht gehört, und Michi Ehmann ist jetzt aus dem Raum herausgegangen, da haben sich auch wirklich seltsame Szenen abgespielt, der Michi Ehmann hat hier bei der Budgetgemeinderatssitzung wirklich wortgewaltig das linkslinke Budget verteidigt, um dann im Aufsichtsrat der Holding gegen den darin enthaltenen Wirtschaftsplan zu stimmen. Das klingt jetzt nach einer ausgefuchsten Strategie, aber in Wirklichkeit ist es ein Eigentor, ein Eigentor gegen die SPÖ, gegen die Holding, eigentlich gegen die gesamte Stadt Graz. Wir haben heute

gehört, dass Stadtrat Eber spät aber doch einbekennen musste, dass sein Budget und auch die Mittelfristplanung nicht gehalten haben, Personalkostenteuerung, Inflation und vieles mehr. Wir haben gehört, dass trotz dieser Entwicklungen an den Stellschrauben des Budgets gedreht wurde, vor allem der Sozialbereich ist sehr stark nach oben getrieben worden, und aus meiner Sicht hätten diese zusätzlichen Ausgaben gar nicht getätigt werden dürfen, wäre dieses Budget nicht geschönt worden. Ich sage das jetzt wirklich in aller Deutlichkeit, geschönt worden, Stichwort Verkehrsfinanzierungsvertrag, Stichwort Gehälter, und die Frau Katzensteiner hat das eben in einer gefährlichen Halbwahrheit gesagt, das ist ja bei euch auch so passiert, nein, bei uns hat es einen Großmutterzuschuss gegeben, und ich habe jetzt auch gerade mit den Holding-Verantwortlichen gesprochen, das war genau das, um auch den Verkehrsfinanzierungsvertrag hier darzustellen. Wir müssen auch eines ganz klar bedenken, dass der Herr Stadtrechnungshofdirektor ein alarmierendes Schreiben ausgesendet hat, und auch nach diesem Schreiben hat die Regierung keinen klaren Handlungsbedarf gesehen. Es hat dann eine eilig einberufene Pressekonferenz gegeben, das hat der ORF auch dokumentiert, und dort habt ihr eigentlich gesagt, es ist eh alles gut. Wir haben in den letzten Wochen einen Zick-Zack-Kurs der Finanzverantwortlichen erlebt von eben, es ist alles gut, bis hin zur Neubestellung des Finanzdirektors, von, 2023 geht sich eh alles aus, bis zum heutigen Tag, wo wir jetzt eben auch präsentiert bekommen haben, dass es ein Nachtragsbudget braucht. Ein wichtiger Punkt vielleicht auch vom Kollegen Philipp Pointner, der in der Stadtregierungssitzung richtig angesprochen hat: Wie sollen jetzt Gemeinderätinnen und Gemeinderäte noch Investitionsprojekten zustimmen? Da hat dann quasi auch der neue Finanzdirektor gesagt, da gibt es ein Rechtsgutachten vom Präsidialamt. Dieses Rechtsgutachten ist bitte zwei oder drei Wochen alt, da steht drinnen, wir alle, Sie alle, haben die Verantwortung, wenn etwas schiefgeht, und da steh auch drinnen, wir sollen Vertrauen haben in die Finanzverantwortlichen. Bitteschön, dieses Vertrauen ist angekratzt, dieses Vertrauen ist erschüttert und dieses Vertrauen müssen sich die Bürgermeisterin und vor allem der Finanzstadtrat wieder verdienen (*Appl.*).

Und um das auch von meiner Seite zusammenzufassen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Elke, lieber Manfred, so geht das nicht, ihr seid die stimmenstärkste Fraktion, vor einem Jahr angetreten, gemeinsam mit der SPÖ und mit der grünen Fraktion, um Gesamtverantwortung zu übernehmen. Aus meiner Sicht sieht Gesamtverantwortung anders aus. Es ist ein neuer Rahmen zu schaffen, in dem wir alle arbeiten können, in dem wir Stabilität bekommen, damit wir die Stadt wieder in eine positive Zukunft weiterentwickeln können. Ich möchte aber jetzt zum Zukunftsteil kommen, ein paar Minuten habe ich noch. Was ist jetzt zu tun? Wie kommen wir zu diesem wichtigen Rahmen und wie können wir gemeinsam für mehr Stabilität sorgen? Und dafür, liebe Elke, musst du uns als Gesamtverantwortliche ein Umfeld bieten, hier brauchen wir nicht nur Vertrauen, sondern Professionalität und nicht jeden Tag, dass wir konfrontiert sind mit irgendwelchen finanzpolitischen Hiobsbotschaften über die Medien. Wir brauchen einen Willen zum ehrlichen Miteinander, nicht das koalitionäre Drüberfahren, der Günter Riegler hat das schon angesprochen, indem die Diskussion über Budgetansätze verweigert wird, sondern Verhandlungen auf Augenhöhe, wo wirklich alle Regierungskolleginnen und -kollegen miteinbezogen werden. Solche Verhandlungen hat es bis jetzt, liebe Elke, unter deinem Vorsitz leider noch nicht gegeben; nur so werden wir zu echten und haltbaren Finanzpositionen kommen, bis dato sind uns diese vom Finanzstadtrat unkommentiert ins Budget eingestellt worden. Wir brauchen einen Budgetprozess, der den Namen verdient, einen Budgetprozess, wo wirklich alle Fraktionen, auch die eine Fraktion, die nicht in der Regierung vertreten ist, miteinbezogen wird. Daraus abgeleitet, braucht es die Festlegung eines Schuldenpfades sowie einen Weg aus der laufenden Defizitsituation, hier braucht es ein klares Commitment aller Fraktionen, wie wir den laufenden Haushalt wieder ausgeglichen hinbekommen. Daraus auch wieder abgeleitet eine neue Mittelfristplanung, aber das hat der Finanzdirektor heute schon alles skizziert, diese Mittelfristplanung muss auch mit allen Beteiligungen und Abteilungen auch verhandelt werden. Dazu ist auch eines wichtig, auch die Beteiligungen brauchen einen gesicherten und stabilen Rahmen, vor allem die Holding, nicht dieses Budgetchaos der letzten Wochen, und es ist wirklich ein fatales Zeichen,

wenn eine Aufsichtsratssitzung der Holding angesetzt ist Ende November und diese wird dann um einen Monat verschoben. Bitteschön, die Holding hat kein Budget für 2023, die Holding hat keine Mittelfristplanung. Aus meiner Sicht, liebe Elke, liebe Judith, lieber Michi, lieber Manfred, sowas ist unprofessionell, unverantwortlich und es provoziert Chaos (*Appl.*).

Es braucht ein Haushaltskonsolidierungsprojekt, das von den Abteilungsvorständen mitgetragen und auch von einem Expertinnen- und Expertenteam begleitet wird. Es braucht eine Verhandlungsstrategie gegenüber Bund und Land, was den Finanzausgleich betrifft, und es braucht rasch Vertrauensbildung gegenüber dem Kapitalmarkt, auch hier soll dieses Expertenteam mitunterstützen. Ich sage ganz klar, als Volkspartei sind wir genau für diesen Weg zu gewinnen. Kommt auf uns zu, nutzt diese Bereitschaft, die Hand von uns ist wirklich sehr weit ausgestreckt, aber vor allem nehmt eure Gesamtverantwortung wahr und bietet uns, bietet den Abteilungen und auch allen anderen Verantwortlichen einen stabilen Rahmen. Nur so können wir der Stadt Perspektiven geben, nur so kann das Haus Graz stabil, gut und erfolgreich weiterarbeiten, genau das erwarten wir uns, liebe Frau Bürgermeisterin, und genau das erwarten sich zu Recht alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (18.35 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich habe keine vorbereitete Rede heute, weil ich davon ausgegangen bin, dass genau das, was jetzt auch zuletzt angesprochen wurde, nämlich, dass man einen Weg skizziert, wie wir die Stadt Graz und die Finanzen, um die es letztendlich geht, für die Bevölkerung auch auf die nächsten 10, 15 oder 20 Jahre sicherstellt, weil genau darum geht es, dass wir all das, was wir an Daseinsvorsorge haben und sozusagen zu den Kernaufgaben und Pflichtleistungen einer öffentlichen Hand zählt, absichern können. Es ist recht kühn, also einige Wortmeldungen hier, deshalb habe ich einfach

schmunzeln müssen, weil der Herr Stadtrat gesagt hat, ich nehme meine Vorsitzführung nicht ernst. Die nehme ich sehr, sehr ernst. Und ich bin die Letzte, egal wer auch immer hier in welcher Weise Behauptungen an den Tag legt, dass ich hier unterbreche oder sonst etwas. Also wir hören uns eigentlich sehr, sehr vieles an, ganz zum Unterschied aus den letzten Jahrzehnten, weil ich bin doch, und ich habe es schon manchmal gesagt, ich sage es aber heute bewusst noch einmal, eine der wenigen, die hier, ich glaube, überhaupt die Einzige, die wirklich schon so lange hier ist. Ich habe alle Finanzstadträte erlebt, und 1993, als ich hier im Gemeinderat gewesen bin, da habe ich auf der letzten Bank, genau wo jetzt der liebe Herr Gemeinderat Brandstätter sitzt, gesessen zu zweit, da waren wir eine Fraktion, gemeinsam mit dem Kollegen Kaltenegger, wo wir mitunter nicht einmal Gemeinderatsstücke gehabt haben, nur eine Tagesordnung zu den Ausschüssen. Um vielleicht nur das in Erinnerung zu rufen, wie wir transparente Information und Einbeziehung von Gemeinderatsfraktionen und Klubs sehen. Wir haben es damals immer gesagt, es ist wichtig, jede Gemeinderatsfraktion, jeden Klub immer die nötigen Informationen zukommen zu lassen, das ist wurscht, ob man einen oder zwei Gemeinderäte hat oder so wie jetzt stärkste Fraktion hier im Gemeinderat ist. Es muss immer das Gleiche gelten, und genau das hat die Koalition auch gemacht. Michi Ehmman hat es schon angesprochen, das ist ein Riesenunterschied zu dem, wie es früher war. Nämlich, dass tatsächlich, gerade bei der Holding, im Aufsichtsrat, jede Fraktion einen Vertreter und eine Vertreterin mit Sitz und Stimme hat, das halte ich für tatsächlich wichtig, und diese Meinung und Haltung, die sich auch nicht ändern sollte, sollte das Kräfteverhältnis ein anderes sein. Das hat etwas mit Glaubwürdigkeit und auch mit nachvollziehbarer Politik zu tun und die haben wir hier immer gepflegt. Wir haben damals gesagt, wir brauchen gute Kinderbetreuungseinrichtungen, als es nur zwei städtische Krabbelstuben gegeben hat, und wo man uns gesagt hat, wir sollen nach Russland gehen, dort gibt es staatliche Kinderbetreuungs- und Kindertagesstätten. Und wir haben es dann 20 Jahre später auch gefordert, natürlich, weil es notwendig ist und das gehört zu der Daseinsvorsorge, die wir für die Familien unsere Stadt Graz auch brauchen. Und insofern haben wir uns damals sehr stark eingesetzt, dass es zu mehr Einrichtungen

kommen soll. Gott sei Dank ist es dann dazu gekommen, viele, viele Jahre hat es gebraucht, bis diese Erkenntnis da war, jetzt würde das niemand mehr leugnen. Und auch damals haben wir gesagt, bei allen notwendigen Investitionen, und selbstverständlich hat jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin völlig berechtigt auch Wünsche und Vorstellungen, dass dieses und jenes an Projekten umgesetzt werden soll, aber letztendlich ist immer entscheidend, dass eine Stadt, gerade so eine wie unsere, sich auf ihre Kernaufgaben besinnt. Dazu gehören alle Agenden, fast alle Agenden, die die Holding hat, und natürlich Bildung, Gesundheit, Wohnen, ich kann das nicht oft genug betonen Sie werden sagen, ja, die KPÖ und die Elke Kahr redet schon wieder vom Wohnen, aber dass wir in der Stadt Graz noch Gemeindewohnungen haben, dass sie eben nicht mehr Substandardwohnungen sind, sondern dass sie auch heute die Anforderungen auch im Hinblick auf den Klimaschutz erfüllen, nämlich dass wir Fernwärme drinnen haben, dass sie thermisch saniert sind in vielen Bereichen und dass wir auch neue Gemeindewohnungen errichten konnten, das ist schon einer Politik geschuldet, die eben nicht auf Einmaleffekte und schnelles Geld aus ist, was dann in den Sand gesetzt wird, sondern wo letztendlich ja auch die Stadt Graz Vermögenswerte schafft und wo sie auch laufend letztendlich die Mieteinnahmen nicht kurzfristig, sondern mittel- und langfristig auch Einnahmen lukriert. Weil natürlich ist es ein Unterschied, ob ich eine Kategorie-C-Wohnung habe, wo es niedrige Mieteinnahmen gibt oder wo ich eine Kategorie-A-Wohnung vermiete, wo ich auch einnahmenseitig natürlich wieder mehr habe. Und dafür haben wir, und da sind wir bei dem Begriff Verantwortung in dieser Stadt, auch immer gesorgt und damit dazu beigetragen und auch alle ähnlichen Initiativen unterstützt. Und ich kann Ihnen eines sagen, damals, als wir, und das ist immerhin schon sehr lange, seit 1998 haben wir Verantwortung in dieser Stadt Graz getragen immer in unseren Ressorts, und die waren nicht nur um beim Wohnen, die waren bei Gesundheit, die waren bei den Wirtschaftsbetrieben, die waren in der Pflege, die waren im Straßenamt, die waren in der Verkehrsplanung, in der Bau- und Anlagebehörde und vieles mehr. Eines kann ich Ihnen sagen, und wenn Sie seriös die Ziffern und Zahlen anschauen, unsere Ressorts, die wir verantwortet haben, haben nicht zur Verschuldung der Stadt Graz beigetragen,

oder dass wir sozusagen Luftprojekte gemacht haben, wo man im Nachhinein dann noch zu knabbern hat. Im Gegenteil, da könnte man dann noch eine lange Liste auch aufzählen, wir haben z.B. nicht, um eines z.B. zu erwähnen, im Kulturhauptstadtjahr ein Büro angemietet, Haus Stiebergasse, mit einem Mietvertrag, der seinesgleichen ganz Österreich gesucht hat, also ich kann hier die Ziffern dann noch herausuchen. Auch die Messe z.B. ist ein Thema gewesen, wo man damals sich hätte anders entscheiden können, um nur einen Punkt zu sagen, aber diese Liste ist egal. Es geht immer darum, geht es um die Kernaufgaben oder sind es Projekte, die schön sind, oder die natürlich auch gut sind, aber gehören sie zu einer Kernaufgabe einer Stadt? Wichtig ist ein Punkt noch, weil das auch immer so im Raum herumsteht, in diesem Jahr werden die Sozialausgaben so überbordend oder das ist, weil die Koalition sozusagen im Sozialbereich so viel Geld rausschmeißt. Es ist ganz im Gegenteil, diese Leistungen, die wir hier aus dem Sozialressort oder dem Sozialamt geben, sei es in allen drei Verantwortungsbereichen, Stadtrat Hohensinner, Stadtrat Robert Krotzer und meine Wenigkeit, weil das Sozialressort ist ja drei politischen Referent:innen zugeteilt, da ist der überwiegende Teil, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Pflichtausgaben, da geht es um die Behindertenhilfe, da geht es um die Pflege, da geht es um unsere Heimkosten, da geht es um die Sozialunterstützung. Und die Sozialunterstützung, nur um auch einen Punkt zu erwähnen, ist stagniert, ist sogar leicht rückläufig. Dazu könnte man auch noch lange referieren, aber ich will die Zeit, weil sie schon bald aus ist, nicht überschreiten, ist der kleinste Posten in diesen ganzen Bereichen, nur um auch diesen Punkt hier zu erwähnen. Ansonsten, ein Argument noch, weil es viele vielleicht vergessen haben oder auch gar nicht anwesend sind, in der Doppelbudgetverantwortung, die wir damals mit der ÖVP 2015/2016 hatten, weil da waren wir schon, Frau Gemeinderätin Unger, einmal auch gesamtverantwortlich, weil das so gefallen ist, genau in diesen beiden Jahren sind in der ordentlichen Gebarung die Schulden, oder wie auch immer Sie das nennen möchten, am geringsten gestiegen (Appl.).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (18.44 Uhr).

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Stadtsenat, werte Kolleg:innen. Eine kurze Replik und zwei Punkte, die ich jetzt hier ansprechen möchte. Das eine ist ein sehr wichtiger Punkt, das ist jetzt eröffnet worden, Aufsichtsrat Holding, das Thema. Da geht es halt um das Problem, das heute mehrfach angesprochen wurde, das ist Vertrauen. Wie schaffe ich Vertrauen in die Tätigkeit der Holding, damit wieder das Vertrauen herrscht, dass das alles sinnvoll ist, was hier gemacht wird? Indem ich einen guten Aufsichtsrat dort besetze. Und wie definiert sich ein guter Aufsichtsrat? Der definiert sich durch seine Finanzkompetenz, seine Wirtschaftskompetenz. Daher habe ich ja schon einen schriftlichen Antrag eingebracht, dass man zukünftig die Aufsichtsräte der Holding so ausschreiben soll, dass die Wirtschafts- und Finanzkompetenz haben sollten. Wir als Neos übrigens, das wissen Sie auch, wir haben ja unsere Aufsichtsratspositionen ausgeschrieben, wir haben Hearings gemacht und wir haben jemanden entsandt in die Holding mit Finanzkompetenz. Ob Gemeinderäte als Aufsichtsräte in der Holding sitzen sollten, das weiß ich nicht, weil der Gemeinderat ist das oberste überwachende Organ und jener Gemeinderat, der dann in der Holding als Aufsichtsrat sitzt, macht dann also das Kunststück, dass er sich eigentlich immer selbst überwacht, aber das ist nur ein bisschen zum Mitgeben, zum Denken mitgegeben, ohne Namen zu nennen. Und wenn man das so macht, wie wir Neos das machen, wie wir das ausschreiben, dann vermeidet man halt auch die Besetzung durch Gespräche im Hinterzimmer. Zweitens, da möchte ich jetzt gerne auf die endfälligen Darlehen noch einmal zurückkommen, weil da geht es ja auch um Vertrauen und Zusammenarbeit, um die es ja bei dieser Sitzung mehrfach geht. Und da würde ich bitten um Transparenz, weil mir war da eine Sache intransparent und da würde ich bitten, um eine Stellungnahme des Finanzstadtrates, da geht es um widersprüchliche Aussage, der Finanzdirektor hat meinem Verständnis nach gesagt, dass das nicht unbedingt ausreichend bedeckt ist, teilweise überhaupt nicht, und was besonders

intransparent ist, ist, dass hier eine GmbH ins Spiel kommt, eine Enkelbeteiligung, das ist die GUF. Und da würde ich gerne wissen, wie viel von den allenfalls schon gemachten Rücklagen ist nun wirklich bedeckt und ist nicht nur buchhalterisch ausgewiesen? Das würde mich schon interessieren, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, vielleicht können Sie das erläutern, und mit dieser Bitte bedanke ich mich auch (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Zur tatsächlichen Berichtigung. Ich finde es ganz wichtig, dass wir bei den Tatsachen bleiben, und weil du, liebe Frau Bürgermeisterin, jetzt auch von Luftschlössern angefangen hast zu reden, haben wir einen Faktencheck gemacht, und das möchte ich auch in aller Klarheit hier noch einmal sagen. Wir haben uns angeschaut in den letzten 10 Jahren, für was wir Geld ausgegeben haben. Wir haben investiert und 95 % der Investitionsbeschlüsse haben alle Fraktionen mitgetragen. Das heißt, wenn ihr jetzt sagt, Luftschlösser, dann wäre das eine Kindesweglegung. Bei den Investitionsbeschlüssen haben wir Geld investiert in Schulen, in Wohnungen und in Busse und andere Infrastrukturprojekte, das muss man wirklich einmal hier zurechtrücken. Und die restlichen 5 %, wo ihr nicht mitgestimmt habt, das waren Investitionen in den Sammelkanal, das waren Investitionen in die MUM und das war auch das Wasserkraftwerk, und ich glaube, über das Wasserkraftwerk sind wir, gerade in der aktuellen Situation, auch froh. Das Wasserkraftwerk gibt für 25.000 Haushalte Strom und da muss man das wirklich hier zurückweisen, dass irgendwelche Luftschlösser hier produziert wurden. Und die Frau Bürgermeisterin hat gesagt, sie hat eine Liste, ich bin schon gespannt auf diese Liste. Das ist ein Ablenkungsmanöver der Sonderklasse, das sind Nebelgranaten. Weil, warum sitzen wir heute hier? Weil das laufende Budget nicht mehr funktionieren wird, spätestens im nächsten Jahr, das ist sehr lange jetzt auf die lange Bank geschoben worden, es hat immer geheißen, es wird schon und so weiter und so fort. Und noch einmal, der Brief des Stadtrechnungshofdirektors hat jetzt die Regierung in die Gänge gebracht, jetzt gibt es ein neues Budget, haben wir heute gehört, im März, ein Nachtragsbudget, und genau

um das geht es. Und wenn das laufende Budget wieder positiv ist, dann können wir auch wieder in die Zukunft gehen. Aber, wie der Philipp Pointner das schon gesagt hat, die nächsten drei Monate werden spannend, weil da steht eigentlich die Stadt, und das habt ihr zu verschulden, das war Untätigkeit in den letzten Monaten und ich hoffe wirklich auf Besserung (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Also ich möchte dann doch, weil ich hier jetzt kein gutes Gefühl habe, mich noch einmal auch selbst jetzt wiederum verteidigen gegen den Vorwurf ...

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner** unverständlich.*

StR Dr. **Riegler**:

... ja, kann ich von hier auch. Der Herr Hackenberger, den ich sehr schätze, hat gleich von einem Rundumschlag mit der Machete gesprochen, ich möchte das so nicht auf mir sitzen lassen. Wenn wir tatsächlich heute bei dieser Gelegenheit, dieser Sondergemeinderatssitzung eben, die Situation insgesamt finanziell beleuchten, und das wurde ja heute vom Herrn Pascuttini gemacht, beginnend mit 2004 und dann die Finanzkrise 2008/2009, dem Doppelbudget 2013/2014, da möchte ich mich doch ein bisschen verteidigen. Es mag schon sein, dass ich manchmal vielleicht etwas schnittiger formuliere, aber das möge bitteschön auch dem Umstand geschuldet sein, dass es immer heißt, angeblich würden wir in der Oppositionsrolle nicht angekommen sein und, und, und. Ich habe den Luxus, auch schon sehr lange dabei zu sein, die Elke weiß das, ich war seit 2004 Stadtrechnungshofdirektor und habe mir daher den Spaß gemacht, mir einmal anzuschauen, wie viel denn eigentlich investiert worden ist in diesen Jahren seit 2004. Das deckt sich ungefähr mit der Zeit, in der eben die letzte große finanzielle Defizitsituation gegeben war. Ich darf euch die Antwort, die steht hier

auf diesem Excel, mitteilen, es wurde in diesen Jahren zwischen 2003 und 2021 ein Gesamtinvestitionsvolumen von 2,65 Mrd. Euro investiert. Im gleichen Zeitraum, und ich war ja der, der damals auch die mehrjährige Gesamtverschuldung ermittelt hat, die konsolidierte Gesamtverschuldung, im selben Zeitraum sind Schulden um 770 Mio. Euro gestiegen. Das ist viel Geld, keine Frage. Aber nur, bitteschön, lassen wir die Kirche im Dorf, es gibt keine öffentlichen Haushalte, die nicht mit Verschuldung arbeiten müssen, selbstverständlich. Und erinnern wir uns zurück, dass wir, als die Mindestsicherung eingeführt wurde, Michi Ehmann, da warst du Sozialstadtrat, da hast du gefordert, dass das Sozialbudget um 9 % angehoben werden muss. Klar, weil tatsächlich aufgrund des Anstiegs der Leistungen, und das sind alles Pflichtleistungen, die Elke hat richtig darauf hingewiesen, tatsächlich massive Defiziterhöhungen erforderlich waren. Überhaupt kann ich euch sagen, ich war für fünf Budgets zuständig und verantwortlich. In den fünf Jahren, in denen ich für das Budget verantwortlich war, wisst ihr, wo hier die zwei oder drei größten Steigerungsraten waren? Ich kann es euch sagen, das war im Sozial- und im Pflegebereich, das war zweitens im Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich, weil wir massiv in Kinderbetreuung investieren mussten, und drittens im öffentlichen Verkehr. Das ist jetzt genau der Bereich, von dem uns, in der Zeit als wir noch die Bürgermeisterfraktion waren, ständig vorgeworfen wurde, dass wir angeblich nichts für den öffentlichen Verkehr getan hätten. Ich darf daran erinnern, gemeinsam, ich war mit der Elke im Verkehrskontrollgremium, wir haben in der letzten Gemeinderatsperiode die Linie 66 gebaut, Buslinie, fährt zwischen Endstation Wetzelsdorf bis rüber nach Harmsdorf, an der Hüttenbrenner vorbei und durch Reininghaus durch, und es wird euch schwindlig werden, wenn ihr euch anschaut, was alleine eine neue Buslinie im Jahr kostet, die möglicherweise am besten vielleicht noch dicht getaktet ist. Oder wir haben z.B. die Buslinie, die von Puntigam, ich weiß die Nummer jetzt nicht auswendig, die von Puntigam über Wetzelsdorf, Eggenberg bis in die Carnerigasse führt, der 62er, den haben wir z.B. auf großes Drängen auf Samstags-, Sonntagsbetrieb ausgedehnt, ganztätig. Da fahren mit Sicherheit hauptsächlich natürlich wenig Leute in großen Bussen herum, aber wir machen das, weil wir eben gesagt haben, wir bekennen uns zum öffentlichen Verkehr

und zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Ja, das sind die Gründe, warum das Verkehrsdefizit der Holding Graz massiv gestiegen ist in den letzten Jahren, weil wir massiv in den öffentlichen Verkehr investiert haben. Und noch etwas möchte ich euch sagen, als wir seinerzeit die Ausschreibung für die 15 Straßenbahnen auf Schiene gebracht haben, hat man uns damals noch gesagt, 15 Straßenbahnen, die werden wohl so um die 60 Mio. Euro kosten. Mittlerweile bin ich mir gar nicht sicher, ob nicht aufgrund der Teuerung, die wir alle beobachten können, wer weiß, ob das überhaupt in diesem Rahmen machbar ist. Das heißt, bitteschön einigen wir uns darauf, stellen wir bitteschön außer Streit, dass jetzt nicht alle Vorgängerstadträte, die für Finanzen zuständig waren, irgendwie völlig sinnlos das Geld in irgendwelche Prestigeprojekte gepumpt hätten, sondern, wir haben die Hauptursachen für die gestiegenen Defizite, das sind die Steigerungen in den Sozialbudgets, sind die Steigerungen in der Daseinsvorsorge, in den Pflichtleistungen, sind die Steigerungen natürlich in den Bildungsbudgets, sind die ÖV-Ausbaumaßnahmen, die Taktverdichtung und natürlich, nicht zu vergessen, die Corona-Pandemie. Wir haben in der Corona-Pandemie 100 Mio. Euro verloren. Wir haben zwei Jahre lang in mehreren Lockdowns die Businfrastruktur, die Straßenbahninfrastruktur und die Abfallwirtschaft komplett aufrechterhalten. Wir haben aus dem Flughafen und aus der Messe keinen Euro herausbekommen, weil wir im Grunde genommen den Betriebsstillstand hatten. All das sind die Ursachen. Und wenn ich manchmal gelegentlich dann auch einmal ein wenig sozusagen pointiert werde, dann möge man mir das auch deshalb verzeihen, weil ich umgekehrt sehr ungerne auf mir sitzen lassen möchte, dass wir in der Vergangenheit nur Defizite verursacht haben und nur einen riesigen, wie es immer so schön heißt, Schuldenberg hinterlassen hätten. Das wollte ich nur gesagt haben. Vielleicht in diesem jetzt mittlerweile ja schon eher halb-privaten Rahmen, weil die meisten Medienvertreter sind schon gegangen, vielleicht können wir uns wirklich darauf einigen, Frau Bürgermeisterin, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen, wir haben alle gemeinsam 2,6 Mrd. Euro in den vergangenen 20 Jahren investiert und gut investiert, weil die Infrastruktur funktioniert, die Schulen funktionieren, die Gebäude sind tiptopp und die Straßenbahnlinien fahren. Dankeschön (*Appl.*).

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Es ist heute schon sehr viel gesagt worden, aber ich glaube, zu technisch für den normalen Bürger, möchte ich jetzt nur einmal sagen. Weil, wenn die Bürgermeisterin von Daseinsvorsorge für die nächsten 10 bis 20 Jahre spricht, dann würde ich jetzt einmal sagen, die Hälfte von den Leuten, die ich kenne, weiß überhaupt gar nicht, was tatsächlich Daseinsvorsorge bedeutet. Also eine hohe Lebensqualität für die nächsten 10 bis 20 Jahre, und natürlich muss man da investieren, dass man eine hohe Lebensqualität hat, wenn man ein Geld hat. Und wo kommt das Geld her? Von der Wirtschaft und den fleißigen Arbeitnehmern, die wir haben. Das sind zum Teil Österreicher, die fleißig arbeiten, sind aber auch Leute aus dem Ausland, die zu uns kommen und fleißig arbeiten und Steuern zahlen, die sind auch herzlich willkommen. Aber an den Sozialausgaben sieht man auch, dass sehr viele zu uns kommen, die das nicht so sehen. Und da muss ich sagen, wir brauchen hier einfach auch zukünftig Mut und zwar Mut, um Entscheidungen zu treffen. Natürlich müssen wir an einem Strang ziehen, aber wenn wir alles immer weiter fördern, nur weil es halt schon immer gefördert worden ist, dann muss man vielleicht hier auch einmal ansetzen, weil seitdem ich hier im Stadtrat bin, beobachte ich, dass wir Vereinsfeste fördern, dass wir eine Parallelstruktur fördern, weil wenn Leute aus dem Ausland zu uns kommen und bei uns arbeiten und sich bei uns integrieren, dann frage ich mich manchmal, wozu brauchen die alle irgendeinen eigenen Verein und warum muss das mit viel Geld gefördert werden? Und warum müssen die Veranstaltungen mit so viel Geld gefördert werden? Weil wenn ich als Unternehmerin etwas mache, muss ich auch schauen, dass ich das kostendeckend abführen kann oder dass ich genug Leute finde, die daran teilnehmen, dass das halbwegs kostendeckend ist und kann halt nicht immer überall ein Geld ausschütten im Gießkannenprinzip. Also ich glaube schon, so wie ich es beim letzten Gemeinderat schon gesagt habe, wir haben nicht ein Einnahmenproblem, sondern wir haben ein Ausgabenproblem. Und ja, ich weiß, da schnaufen einige, weil ihr Klientel wahrscheinlich dann nicht mehr bedient wird, aber ich bin mir sicher, dass der fleißige Steuerzahler und auch der Wirtschaftstreibende, der eine hohe Steuerlast abgibt, sich sehr wohl Gedanken macht, wofür wir unser Geld ausgeben. Und es sind

nicht nur die Prestigeprojekte, die jetzt sehr viel Geld ausmachen, sondern auch hier und dort die kleinen Summen, die im Endeffekt auch recht viel ausmachen. Und zusätzlich möchte ich noch sagen, wenn ich jetzt daran denke, wie viel Geld wir für Deutschkurse ausgeben und wie viele Leute ...

Unverständlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.

StRⁱⁿ Schönbacher:

... ja, ich bin für Deutschkurse, wenn die Leute dann auch wirklich Deutsch sprechen können. Aber wenn ich in die Siedlungen schaue, wie viele Leute dort nicht Deutsch sprechen, wie viele Probleme wir dann haben, dass wir das Budget für die Stadtteilzentren, die dort für Ordnung sorgen sollen, auf 900.000 Euro aufgestockt haben und dann noch einmal 500.000 Euro notwendig sind, dann frage ich mich, funktionieren diese Konzepte oder müssen wir einfach mutig sein und vieles neu denken, einfach im Sinne eines guten gemeinsamen Lebens, oder, wie es die Bürgermeisterin gesagt hat, einer Daseinsvorsorge für die nächsten 10 bis 20 Jahre. Wir haben wirklich sehr viele Migrantenvereine, die viele Veranstaltungen machen, die wir hier fördern. Meiner Meinung nach explodieren einfach die Sozialausgaben und sie stagnieren nicht. Und wenn ich daran denke, wo uns das versprochen worden ist, dass 2015, wenn so viele zu uns kommen, die bei uns arbeiten wollen, wo jetzt die Arbeitskräfte tatsächlich hingekommen sind, weil der Unternehmer, der Steuern zahlen will, bekommt keine Arbeitskräfte mehr und tut sich somit schwer, auch sein Unternehmen am Leben zu halten. Also ich sage einmal, wir müssen uns in einer Zeit, wo alle den Gürtel enger schnallen müssen, sehr wohl fragen, ob wir nicht mutige Entscheidungen treffen müssen gemeinsam. Natürlich müssen wir zusammenarbeiten und was in der Vergangenheit war, das brauchen wir uns auch nicht vorhalten, weil ich glaube, das interessiert den Bürger auch nicht. Der Bürger will wissen, ob wir in Zukunft mit unserem Geld auskommen, ob wir eine Lebensqualität erhalten können

oder ob hier viele Leute ein Geld von uns bekommen, die das vielleicht überhaupt gar nicht zu schätzen wissen, weil sie es so automatisiert bekommen, dass sie einfach nie bitte oder danke sagen müssen. Weil ich muss ganz ehrlich sage, da denke ich oft an meine Oma, weil meine Oma war Zeit ihres Lebens arm, aber sie war immer fleißig und sie hat immer geschaut, dass es der Familie gut geht, und wenn die Familie genug gehabt hat, dann hat man auch in der Verwandtschaft und Nachbarschaft geschaut, dass man dort auch noch Gutes tun kann. Und sie hat immer gesagt, zuerst kommen unsere eigenen Leute dran und dann die anderen. Und ich bitte wirklich um mutige Entscheidungen, dass wir ein gutes Miteinander haben, aber dass wir einfach, wenn wir den Gürtel enger schnallen müssen, auch wirklich diese Entscheidungen treffen und nicht nur alles fördern, weil wir es halt immer schon getan haben (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich möchte mich hier zu Wort melden, weil Sie mich hier auch angesprochen haben, liebe Frau Stadträtin Schönbacher. Wir haben heute das Thema Budget und das umfasst alle Bereiche. Ich bin voll bei Ihnen, wenn es darum geht, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, wurscht in welchem Bereich, ob das Angestellte, ob das Arbeiter oder Arbeiterinnen sind, ob das Ein-Personen-Unternehmen oder auch Kleingewerbebetreiber sind, und vor allem bin ich für unsere Leute hier in Graz, weil für die müssen wir arbeiten. Aber diese „unseren“ Leute, ist wurscht, ob das in der Küche ist, ob das im Verkauf beim Spar oder BILLA ist, ob das am Bau ist, ob das Transporter und Lieferanten sind, schauen Sie einmal, wer die alle sind „unsere“. „Unsere“ sind Damen und Herren, die wirklich schwer und fleißig arbeiten, die auch zu unserer Wertschöpfung hier in Graz beitragen, die auch mithelfen, auch in der Pflege, das sind Frauen und Männer, die aus einem anderen Land einmal gekommen sind. Und auch unsere Holding Graz, wenn man schon schaut bei den Busfahrerinnen und Busfahrern, ihr wisst, dass wir hier einen chronischen Mangel haben an Fahrern und Fahrerinnen. Was würden wir machen, wenn nicht Gott sei Dank auch Menschen aus anderen Herkunftsländern bereit sind. Sie können jeden Gewerbetreibenden auch

fragen, da können wir froh sein, dass es diese Menschen gibt und das sind „unsere“ Leute, die leben hier jahrelang, jahrzehntelang, und wenn wir für die nichts übrig haben, dann verstehe ich die Welt nicht mehr (*Appl.*).

Weil das sind unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen. Und natürlich tut sich der eine oder andere vielleicht noch schwer, die deutsche Sprache zu lernen, und Gott sei Dank haben wir hier auch Angebote, sehr breit, um den Leuten zu helfen. Wissen Sie, wie viele ältere Damen hier in der Reinigung arbeiten, die das eh nur am Samstag oder Sonntag bestenfalls lernen können, weil sie unter der Zeit einfach schwer arbeiten müssen und gar nicht die Zeit haben, die Sprache zu lernen. Und ich finde das einfach schäbig immer dieses Ausspielen; entweder sind wir für alle, die hier leben, da und wollen den Leuten eine gute Heimat bieten oder sonst, finde ich, wird es sehr, sehr schwierig, aber haben wir ja alles schon erlebt in dem Haus, kommt jetzt halt vielleicht wieder die nächste Schleife, die wir die nächsten Jahre immer wieder hören. Aber noch einmal, wir brauchen jeden Einzelnen, Frauen und Männer, die hier leben, und wir haben die Verpflichtung, bei dem Budget für alle immer auch da zu sein, wenn es der eine oder andere schwer hat (*Appl.*).

StRⁱⁿ Schönbacher:

Ich möchte das nur berichtigen, weil ich habe gesagt, natürlich bin ich für alle, die bei uns arbeiten, für alle Arbeitnehmer aus dem In- und Ausland, weil es gibt ja sehr viele Fleißige, nur nicht für die, die sich bei uns bereichern wollen und wir uns das einfach nicht mehr leisten können. Und es ist mir schon wichtig, dass ich sage, bin da wirklich für alle, die bei uns ihren Beitrag leisten ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Darf ich fragen, was Sie meinen mit „bereichern“?

Zwischenruf GR Mag. Winter: Die, die Sozialleistungen kassieren.

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Die, die bei uns arbeiten und sich integrieren in unser soziales Leben und in unsere Gemeinschaft.

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ **Kahr:** Und Sie sind nicht dafür, dass jemand eine Sozialunterstützung bekommt?*

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Nicht auf Dauer natürlich. Wenn er zu uns kommt, dann wird er ein gewisses Ziel haben und ich denke, man muss jetzt nicht alles unterstützen, nur weil sich jemand jetzt einfach hier niederlässt (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Das wollte ich nur richtigstellen, weil es hören Leute zu und man muss wissen, und das können wir gerne vom Sozialamt einmal ausheben lassen, wie viele Aufstocker wir bei der Sozialunterstützung haben, sprich, das sind Alleinerziehende, die arbeiten im Handel, im Verkauf, haben aber so wenig, verdienen nicht viel, dass sie eben diese Aufstockung für ihr Kind brauchen.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Das mache ich gerne. Zwei Drittel sind es, ja, aber man kann es auch noch einmal, weil das ist immer so wichtig, dass man weiß, von wo die Leute herkommen. Das können wir gerne auch machen.

StR Mag. **Krotzer:**

In aller Kürze nur ein Hinweis, weil ich das auch ein bisschen so verstanden habe, es geht auch um die Ausgaben des Integrationsreferates. Und ich glaube, gerade beim Integrationsreferat sind wir ja, es geht um die nächsten 5, 10 oder 15 Jahre, wie wir in unserer Stadt zusammenleben. Ganz konkret in Zahlen gegossen, wir haben heuer die Kurse in den Sommerschulen, die ja vom Stadtrat Kurt Hohensinner als meinem Vorgänger sehr gut und stark eingeführt worden sind, und die noch einmal von 1.200 Plätzen auf über 1.500 Plätze aufstocken können. Und das ist sozusagen eine der wichtigsten Integrationsmaßnahmen und auch Maßnahmen in die Zukunft unserer Stadt, dass wir dafür sorgen, dass Kinder in der Volksschule bzw. dann in der Mittelschule die Möglichkeit haben, auch im Sommer die Zeit zu nutzen, um möglichst gut die deutsche Sprache zu lernen und damit ja die besten Voraussetzungen dafür haben, dass sie den entsprechenden Platz in unserer Gesellschaft finden, dass sie entsprechend auch ein Bildungsniveau erreichen können, auch dann entsprechende Ausbildungen vornehmen können, und das ist ein ganz entscheidender Beitrag dazu. Und da will ich auch dazusagen, wir haben hier ja auch große Herausforderungen alleine auch durch die Tatsache, dass in diesem Jahr, seit Februar, seit der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gestartet hat, rund 3.000 Menschen aus der Ukraine geflohen sind, die jetzt in unserer Stadt Graz wohnhaft sind, und ob das die in den ukrainischen Kulturvereinen sind oder auch viele andere, das ist nicht so, dass das nicht bedankt werden würde, ganz im Gegenteil. Da ist eine sehr, sehr große Dankbarkeit da, dass auch die Kinder die Möglichkeit haben, gerade auch in den Sommerferien diese Möglichkeit, den Erwerb der deutschen Sprache, das auch zusätzlich, und das werden wir natürlich auch im nächsten Jahr wieder fortsetzen und da darf ich gerne auch einladen, wir haben heuer die große Tour gemacht durch die Schulen, wo es diesen Sommer-Kursangebote gibt, gerne, alle die sich dafür interessieren mitzukommen, dass wir uns einfach auch anschauen, was hier mit dem Geld gemacht wird. Im Übrigen auch für alle anderen Einrichtungen, die wir unterstützen in dem Bereich und in anderen Bereichen, wir hier überhaupt nichts zu

verstecken haben und das auch, glaube ich, in jeder Hinsicht gute und wichtige Ausgaben sind (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, hoher Gemeinderat, Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher. Ganz möchte ich das jetzt nicht stehenlassen, was die Frau Schönbacher hier offenbar, sie hat einfachere Worte eingefordert, statt Daseinsvorsorge, aber dann in der Einfachheit vielleicht doch nicht so gut rübergebracht hat, da möchte ich schon ein paar Wort dazu sagen, liebe Kollegin Schönbacher. Weil wenn man über mehrere Millionen, mehrere zig Millionen Fehlbeträge im ordentlichen Haushalt über die nächsten paar Jahre, hier in einer Gemeinderatssitzung zurechtmacht, und danke allen, die unterschrieben haben, dass das stattfinden kann, und danke für alle, oder fast alle, Beiträge, muss ich jetzt beinahe sagen, und dann, die Gründe sind mir bekannt, die ideologische Position von dir, Frau Stadträtin, ist mir bekannt, und dann über 1.000, 5.000 oder 2.000 Euro Subventionsbeträge redet und dann weiter hinzufügt, dass man natürlich Deutschkurse bezahlen möchte, aber eigentlich dann doch wieder nicht, und ich weiß nicht was alles, auf jeden Fall, ich würde sagen, es müsste vielleicht doch etwas komplexer sein, denn nur einfach ist selten nur richtig. Ich schließe beim lieben Stadtrat Kurt Hohensinner an, der darauf verwiesen hat, Faktencheck hast du es genannt, 95 % aller Abstimmungen in der letzten Periode waren einstimmig. Ich behaupte, ohne den Faktencheck über die letzten ca. 10 Sitzungen gemacht zu haben, auch jetzt ist es ungefähr so. Wir haben wahrscheinlich in den letzten Sitzungen, und ich weiß es auch, weil die Klubobleute sitzen ja zusammen und ich bin auch Mitglied in manchen Ausschüssen, da sind sehr viele einstimmige Beschlüsse auch jetzt, und das ist auch gut so. Was medial und was öffentlich natürlich eine Rolle spielt, sind die, die wo man nicht so ganz einer Meinung ist. Und da kommt es für mich nicht darauf an, dass das falsch ist oder dass das schlecht ist, sondern die Qualität der Diskussion, und

ich danke allen für die Qualität der bisherigen Diskussion. Denn eines ist wahr, wir gemeinsam, wir, die Stadt Graz, wir, die Politik der Stadt Graz stehen ehrlicherweise vor einer riesigen Herausforderung. Das sind keine leicht lösbaren Probleme, wenn man feststellen muss, dass Finanzen, dass der ordentliche Haushalt, und danke an den Herrn Finanzdirektor Müller, der das ausgezeichnet dargestellt hat, dass der in den nächsten Wochen und Monaten ganz neu aufzustellen ist von der ordentlichen Planung kurzfristig, aber natürlich auch in die mittel- und langfristige Planung hinein, dass es ganz konsequenter Notwendigkeiten und Wege bedarf, einen guten Pfad wieder zu gehen, um für die nächsten 10 oder 15 Jahre, ich glaube, die Elke Kahr hat das gesagt, wieder fit werden zu können. Nur es ist nicht so, wie es hier auch von manchen dargestellt worden ist, dass diese Gegensteuerung notwendig ist, weil jetzt ein Jahr ungefähr eine gewisse Regierungskonstellation am Werken ist. Ich glaube, und wir wissen, wer die Stadtrechnungshofberichte gelesen hat, weiß es, das ist schon seit einigen mehreren Jahren so und ist einfach nicht notwendig gewesen, was aber jetzt aufgrund von Rahmenbedingungen, neuerlichen multiplen Krisen sich offenbar nicht mehr ganz so ausgeht, es ist nicht notwendig gewesen entgegenzusteuern und so ist halt einfach weitergearbeitet worden. Und jetzt müssen wir aber wirklich diese Konsequenz, und mein Aufruf ist, gemeinsam für diese konsequente neue Richtung zu streiten, geht an alle Parteien, an jede Vertreterin und an jeden Vertreter, diese Konsequenzen müssen wir jetzt machen. Wir müssen den Weg gehen, weil wir eben in den nächsten paar Jahren wieder Handlungsspielraum erreichen wollen. Es ist schon sehr viel gesagt worden über Notwendigkeiten, Investitionen, aber natürlich auch über äußere Rahmenbedingungen wie Preissteigerungen, Gehaltssteigerungen etc. Ja, wir werden etwas tun müssen, was vielleicht schon vor vier, fünf oder noch mehr Jahren passieren hätte sollen und gescheit gewesen wäre, wenn man es angegangen wäre, wir hätten uns einer weiteren Reformnotwendigkeit, einer Aufgaben- und Maßnahmenkritik, einer Organisationskritik stellen sollen alle gemeinsam, vielleicht hätte es schon die letzte Regierung tun sollen, vielleicht hätte es diese Regierung etwas früher tun sollen. Darüber kann man jetzt empfinden und befinden, wie Mann und Frau will. Es ist einfach notwendig, das zu tun und es war auch in früheren Zeiten

schon notwendig, wir haben heute schon Exkurse, praktisch bis zum Anfang der Jahrtausendwende, gehört, dies alles zu tun. Und ich bin sehr froh, dass der Herr Finanzdirektor Johannes Müller das auch schon sehr klar angesprochen hat, dass er in den nächsten Wochen und Monaten bis zum März sich damit sehr intensiv befassen wird, nebst den kurzfristig notwendigen Maßnahmen. Ich denke und ich glaube, es ist wichtig, dass wir alle das zumindest sehen, auch wenn wir dann in der politischen Diskussion unter Umständen unterschiedlicher Meinung sind zu vorgeschlagenen Wegen und Vorschläge, darauf hoffe ich, werden kommen und werden auch sehr profunde kommen, wird es ein Stück weit weiterhelfen. Wir haben nämlich eines zu tun, wir stehen nämlich vor einer Sache, die nicht alternativ und die praktisch wirklich ohne Alternative da ist, wir müssen weiter in diese Stadt investieren, egal, was in der jüngeren, in der weiteren Vergangenheit, was gestern, morgen oder sonst wann schiefgegangen ist oder auch gut gegangen ist, wir müssen weiter investieren. Diese Stadt, sie wächst, diese Stadt hat Herausforderungen, die wirtschaftlich und volkswirtschaftlich, Kollege Hackenberger hat es schon gesagt, uns eigentlich keine Alternative lassen. Denn der Klimawandel schlägt durch, die Verkehrswende ist notwendig, es gibt viele, viele Gründe, hier die Investitionen zu treffen. Wir brauchen für die wachsende Stadt mehr Schulstandorte, wir brauchen ein wachsendes Sport- und Kulturangebot. Wir brauchen für die Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt entsprechende Rahmenbedingungen und zusätzliche Einrichtungen von Klimabildung, bis hin zu dem Thema, dass natürlich auch das Altern etwas ist, was nicht nur andere ländliche Bezirke vielleicht ein Stück weit mehr erreichen wird, aber Gesundheit und gesund älter werden oder alt sein können, wird auch für die Stadt Graz ein Thema werden, und immer mehr werden. Und ich denke, das sollten wir alle in dieser Stadt, die Stadtregierungsbank von ganz hinten, von mir aus gesehen, wirklich nur von mir aus gesehen, bis hier vorne zum Herrn Finanzstadtrat, alle versuchen, mit dem Gemeinderat gemeinsam, mit den Führungskräften gemeinsam, einen guten Weg zu beschreiten. Das ist eine Chance, die vielleicht Schmerzen bereiten wird, die man sich vielleicht nicht unbedingt wünscht, angehen zu müssen. Aber das Beste, das wir tun können, ist, sich dem allen zu stellen und das Beste daraus zu machen, denn dann wird

es für die nächsten 10, 15, vielleicht 20 Jahre für uns alle mehr Spielraum geben, dann können wir wieder darüber streiten, welche Investitionen wir einstimmig beschließen und welche wir unterschiedlich bewerten. Vielen Dank (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Hoher Gemeinderat, werde Stadtregierung, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ich werde es ganz kurz machen. Man hat gemerkt, dass alle Redner hier am Rednerpult eines wollen, nämlich, diese Stadt weiterhin auf einen guten, wirtschaftlichen und ideologischen Pfad zu bringen. Das kann ich nur auch unterstreichen. Nur, man kann nicht zum Schluss mit diesem Sondergemeinderat unter dem Strich weggehen, wir haben uns eh alle lieb, es ist eh alles super. Man muss dann schon das Augenmerk wieder dorthin richten, wo wir eingangs begonnen haben. Und, lieber Klubobmann Dreisiebner, ich widerspreche dir ungern, aber deine Eingangsworte: Hätt' i, tät' i. Ja, das wissen wir alle, hinten nach sind wir immer alle gescheiter. Aber ich darf nur noch einmal in Erinnerung rufen, sämtliche Regierungsperioden der letzten 15 bis 20 Jahre, unter verschiedenen Fraktionsfarben, haben ein Budget und mehrere Budgets in diesem Haus beschlossen. Das hatte auch immer zur Folge, dass man auch einen Schuldenpfad gemeinsam beschlossen hat, und dieser Schuldenpfad wurde bis dato immer eingehalten. Und wenn wir heute davon reden, dass die Vergangenheit schuld ist, dass es jetzt nicht möglich ist, ein Budget zu erstellen, es ist nicht schuld daran, dass wir in dem jetzigen Budget an Investitionen scheitern, sondern wir scheitern daran, dass wir im kommenden Jahr unseren laufenden Verpflichtungen nicht nachkommen können. Und das, bitteschön, sage ich jetzt, da ist Unternehmertum geschuldet, und wir hier, nicht nur die Stadtregierung vorne in der ersten Reihe, sondern wir alle hier in allen Bänken, sind mit dafür verantwortlich, dass wir diese Firma, die Stadt Graz, weiterhin auf einen soliden wirtschaftlichen Weg führen. Und das möchte ich noch einmal betonen, bitte, es geht nicht darum, ob wir zukünftig keine Schulen mehr bauen können oder uns vielleicht auch die eine oder andere kleine Summe an Planungskosten leisten können, damit wir abwägen können, ob ein Projekt

weiter verfolgbar ist oder nicht, sondern es geht darum, ob wir nächste Woche noch das Licht aufdrehen in unseren Beteiligungsfirmen können. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Aber man hätte auch schon in der letzten Periode erkennen können, dass das einmal in der OG nicht mehr zu bedienen sein wird, wenn man nicht konsolidiert. Das möchte ich nur anmerken.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich möchte auch noch kurz etwas sagen. Man kann zum einen mit rassistischer Sündenbockpolitik hier jetzt irgendwie politisches Kleingeld wechseln zu versuchen, man kann es aber auch, indem man alles, was man jetzt an Schulden quasi vor sich hat, in ein Jahr hineininterpretieren. Beides halte ich für gleich unlauter in dem Zusammenhang (*Appl.*).

Und ich möchte gerne sagen, warum. Wir stehen vor einer riesengroßen und schwierigen Situation und ich hätte es gut gefunden, wir hätten beim Statement vom Kollegen Riegler aufgehört, uns darüber zu unterhalten, weil er hat, glaube ich, dann ganz gut versachlicht nach dem ersten emotionalen Ausrutscher, oder wie auch immer, Formulierungen. Er hat es versachlicht und gut formuliert, wie wir das Ganze angehen sollten, nämlich gemeinsam mit der gesamten Verantwortung. Und ja, jede und jeder, die wir hier sitzen, ist angetreten mit Ideen, mit Vorhaben, mit großen Wünschen für diese Zukunft unserer Stadt, für unsere Stadt, und wir müssen alle in diesen Prozess jetzt rein gemeinsam und schauen, wo wir einsparen können in jedem Ressort. Der Finanzdirektor neu hat es schon gesagt, er wird die Gespräche führen mit jedem und jeder Einzelnen von uns und wir müssen das dann alles bewerten. Das wird zuerst eine fachliche Diskussion sein und dann wird die politische Diskussion zu führen sein, und wir werden schauen, was wichtig ist und was wir an Investitionen für die Zukunft tätigen müssen in Form der Daseinsvorsage, was wir tun müssen in Form von

Sozialinvestitionen, um auch da die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Aber bitte hören wir auf, in so einer Situation, wo wir einen Riesenrucksack geerbt haben von Vorgängerregierungen, wo wir in einer Situation sind von Krieg, Pandemie und Energiekrise insgesamt, jetzt hier politisches Kleingeld zu wechseln. Und ich möchte daran erinnern, wir sind angetreten ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

... nein, das mache ich nicht. Wir sind angetreten vor einem Jahr, da hatten wir noch ...

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Es geht um den laufenden Haushalt.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

... es geht um den laufenden Haushalt, ja, aber es geht darum, diesen laufenden Haushalt so zu konsolidieren, dass wir noch Ausgaben tätigen können, dass wir Investitionen in die Zukunft tätigen können ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

... genau, vielleicht, weil ihr vielleicht anfangen hättet können, weil, wenn wir so anfangen, und ich wollte das jetzt nur aufgreifen, was der Kollege Riegler gesagt hat und einiges zurechtrücken, was hier von der Klubobfrau, aber auch der Frau Stadträtin

gekommen ist, wir hätten es dabei stehen lassen können. Aber ich möchte auch daran erinnern, wir haben es heute festgestellt, die letzte Aufgabenkritik, und die sollte man alle fünf Jahre machen, ist 2004 passiert. Also wer war verantwortlich in den vielen Jahren vor 2021? Ich glaube, ihr, oder? Ja, auch die Lisa Rücker, aber es war ein Bürgermeister, also, wenn wir schon so anfangen. Ich wollte aber nicht daran erinnern, ich wollte nur einmahnen, dass wir gemeinsam diesen Weg beschreiten, weil das alle Ressorts betreffen wird und wir alle schmerzhaften Dinge hinnehmen werden müssen, um für die Zukunft der Stadt zu arbeiten. Und das war eine Bitte an euch, gemeinsam diesen Weg zu gehen, und ich habe das vorher nicht erkannt in diesen Aussagen und das ist leider schade, weil nicht die Zeit dafür ist. Dankschön (*Appl.*).

StR Eber:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich danke zunächst für alle Wortmeldungen und ersuche natürlich um Verständnis, dass ich eben nicht auf jede einzelne eingehen werde und schon gar nicht auf jedes einzelne Argument, aber zu ein paar Punkten möchte ich doch eine kurze Anmerkung, oder wie auch immer, machen. Die Frau Kollegin Stadträtin Schönbacher hat mich natürlich auch auf etwas gebracht, zu ihren Kernaussagen haben eh schon ein paar etwas gesagt, aber sie hat auch einen Punkt, wahrscheinlich unwillentlich, erwähnt, der mir ein besonderes Anliegen ist. Nämlich, du hast gesagt, deine Oma war eigentlich immer arm und eigentlich immer fleißig. Und das bringt mich natürlich zu dem Punkt, offensichtlich ist es so, dass Fleiß und Arbeit alleine nicht reich machen, und von daher möchte ich wieder einmal auch von dieser Stelle erinnern, wie notwendig Vermögenssteuern auch in unserem Land wären, die diesen Namen auch verdienen (*Appl.*).

Ich will das gar nicht näher ausführen, sondern nur darauf hinweisen, dass natürlich auch die Vermögenssteuer dem Finanzausgleich unterliegen würde und somit auch die Stadt Graz hier etwas mitpartizipieren könnte an derartigen Steuern.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Hopper** unverständlich.*

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ **Kahr**: Der Herr Stadtrat ist am Wort.*

StR Eber:

Ich möchte noch zu ein paar anderen Punkten etwas sagen. Der Punkt Holding, Beteiligungen usw. Es ist schon gesagt worden, es werden ja endlich wieder in alle Aufsichtsräte von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien und Fraktionen entsandt, das halte ich auch für eine äußerst wichtige Maßnahme. Man muss aber natürlich auch genau schauen, was denn eigentlich die Aufgabe dieser Aufsichtsräte und –rätinnen ist in der Holding beispielsweise, weil das natürlich unsere größte und wichtigste Beteiligung ist. Und ich glaube, es geht eben nicht darum, dass der Aufsichtsrat als Gremium jetzt dort quasi das operative Geschäft führt. Es geht auch nicht darum, dass der Aufsichtsrat die Konsolidierungsmaßnahmen in der Holding vorgibt, sondern natürlich muss das der Vorstand und müssen die Geschäftsführer das dort auch machen. Und da kann ich natürlich auch sagen, wir sind in sehr engem und intensivem Austausch mit den Geschäftsführern Malik, Heigl und Perz und erwarten uns natürlich auch von dieser Seite konkrete Vorschläge, wie eine Konsolidierung dort aussehen könnte. Und da geht es nicht nur, und das ist natürlich auch äußerst wichtig, darauf hinzuweisen, nicht nur um Leistungseinschränkungen, um Einsparungen bei den Kolleginnen und Kollegen, die dort beschäftigt sind, sondern es geht natürlich auch um Einsparungen in den Strukturen und auch Einsparungen im sogenannten Overhead, wo man sicherlich auch noch das eine oder andere finden kann. Damit bin ich schon bei einem Punkt auch natürlich, wie es überhaupt weitergeht in den nächsten Monaten. Es ist also so, dass wir jetzt drei Monate, vier Monate bis Ende März, den Stillstand haben, wo in der Stadt nichts mehr passiert? Nein, selbstverständlich ist das nicht so. Aber in diesen Monaten, und ich habe das auch schon in den vergangenen Wochen mehrmals gesagt, es geht darum, dass wir uns die ganze Ausgabenstruktur und auch

die Einnahmen ohne jegliche Tabus anschauen werden müssen. Und als Kommunist ist das natürlich gar nicht so einfach, das sozusagen, das möchte ich betonen, aber ich meine das natürlich ehrlich, wenn ich sage, ohne Tabus alles anschauen und selbstverständlich werden am Ende des Tages, der Finanzdirektor Müller hat es heute ja bereits auch angesprochen, wird es einen Beamtenvorschlag, einen Fachvorschlag geben, der dann natürlich auch noch politisch bewertet werden muss, und politisch heißt natürlich auch unter Einbeziehung aller Fraktionen hier im Gemeinderat.

Konkrete Frage auch vom Kollegen Pointner, was die Rücklagen anbelangt. Wir haben buchhalterische Rücklagen, nageln Sie mich jetzt nicht auf den genauen Betrag fest, aber ich meine, diese sind im Bereich von 226 Mio. Euro, davon sollten 160 Mio. Euro mit Zahlungsmittelreserven hinterlegt sein. Wie es um diese Zahlungsmittelreserven tatsächlich steht, das ist im Moment Gegenstand der genaueren Prüfung, also im Zusammenhang mit der GUF. Das bedeutet, die Finanzdirektion schaut sich an, inwieweit derartige Rücklagen, die also bedeckt sind, inwieweit die für interne Kreditvergaben sozusagen bedeckt weitergegeben worden sind und dadurch bedeckt sind, oder inwieweit sie also jederzeit problemlos abrufbar sind. Ein Punkt vielleicht noch, weil natürlich die Frage aufgetaucht ist: Welche Maßnahmen beinhaltet nun so ein Konsolidierungskonzept und von welchem Finanzbedarf gehen wir hier aus, von welchem Konsolidierungsbedarf sprechen wir hier überhaupt? Ich glaube, es geht jetzt nicht darum, irgendwelche Einzelmaßnahmen jetzt einmal herzuzeigen und zu sagen, hier könnten wir 5.000 Euro sparen und da vielleicht 5 Mio. Euro, sondern es geht natürlich darum, dass wir ein Gesamtpaket vorliegen haben, mit dem wir dann auch tatsächlich arbeiten können. Das bedeutet, dass selbstverständlich bis März 2023 diese Konsolidierungsmaßnahmen beziffert werden, und auf dieser Basis können wir dann eben Entscheidungen treffen, aber es geht nicht darum, dass man, wie gesagt, jetzt eine Einzelmaßnahme herausgreift, die dann vielleicht von den einen gut geheißen, von anderen kategorisch abgelehnt wird. Da möchte ich auch zum Kollegen Riegler sagen, was den Konsolidierungsbedarf anbelangt, es ist nicht so, dass wir, jetzt ist er nicht da, glaube ich, aber macht nichts ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Der Herr Stadtrat Riegler und auch Gemeinderat Kozina haben sich entschuldigt.

StR Eber:

... ja, ist kein Problem. Der Kollege Riegler hat sinngemäß gesagt, wir würden mit 3,2 Mrd. Euro operieren, 3,2 Mrd. Euro Schuldenstand im Jahr 2027, und dann würden wir uns dafür feiern lassen, wenn es dann etwas weniger ist. Da möchte ich an dieser Stelle noch einmal sagen, also wir haben diese Zahlen natürlich vertraulich weitergegeben und es ist uns fernelegen, diese Zahlen an die Öffentlichkeit zu bringen, weil ich es auch nicht für sinnvoll halte, das zu machen. Ganz einfach aus dem Grund, weil diese Zahl ein Zwischenstand bei den Hochrechnungen ist, noch einmal, da geht es darum, wenn der Worst Case eintritt bei allen Beteiligungen, bei allen Abteilungen, in unserem Haus Graz; und wenn wir keine einzige Konsolidierungsmaßnahme treffen würden, dann könnte dieser Fall eintreten, aber selbstverständlich gehen wir davon aus, dass wir deutlich darunter liegen und insbesondere mit den Konsolidierungsmaßnahmen sehr deutlich darunterliegen. Damit bin ich auch bei dem Punkt Verschuldungspfad. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns ein sehr ehrgeiziges Ziel gegeben haben, dass wir nämlich von der Vierfach- auf die Dreifach-Schuldenobergrenze zurückgegangen sind in unserem Budget, allerdings mit einem 7- bis 8-prozentigen, ich kann es jetzt nicht genau sagen, Krisenaufschlag, den wir natürlich dort schon einberechnet haben, der aber also sehr deutlich unter dem ursprünglichen Schuldenpfad gelegen ist, den die schwarz-blaue Stadtregierung damals ausgewiesen hatte. Wir wissen aus heutiger Sicht nicht, ob es gelingen wird, diesen Schuldenpfad zur Gänze einzuhalten, aber selbstverständlich ist es eine Richtschnur, die wir anstreben sollten. Die Zeit ist langsam am Ende, sehe ich. Ich werde hier jetzt einmal einen Punkt machen. Ich werde noch einmal darauf hinweisen, selbstverständlich werden wir in den nächsten Wochen und Monaten noch viele Gespräche führen, der Herr Finanzdirektor hat auch angeboten, und das sind keine leeren Worte, dass er dem Finanzausschuss, aber auch dem Stadtsenat zur

Verfügung stehen wird als Auskunftsperson, um Zwischenstände in diesem Konsolidierungspfad bekanntzugeben, zu besprechen, zu diskutieren, zu informieren. Damit mache ich einen Punkt. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir sind am Schluss unserer Sondergemeinderatssitzung. Vielen herzlichen Dank für das Ausharren, an den Herrn Finanzdirektor, Magistratsdirektor und natürlich an die Präsidiale für das Protokoll und die Technik. Herzlichen Dank. Und Ihnen noch einen schönen Abend (*Appl.*).

Damit ist die außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 19.37 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeisterin
Elke Kahr

Bürgermeisterin-Stellvertreterin
Mag.^a Judith Schwentner

Schriftführer und Schriftprüfer:

Der Schriftführer:
Mag. Helmut Schmalenberg

Der Schriftprüfer:
GR Tristan Ammerer

wörtliches Protokoll erstellt von: Bettina Strametz